



Nach den Kommunalwahl

- Kreistag Oder-Spree
Nach der Klausur ist vor der Arbeit
Die Linksfraktion im Kreistag
- Fürstenwalde: Licht und Schatten
nach der Kommunalwahl

Seite 12

Seite 13

Seite 10



1. September – Landtagswahl in Brandenburg

- Wahlprogramm – Brandenburgs
Zukunft gemeinsam gestalten! Seite 3
- Stephan Wende – Direktkandidat im Wk 30
Mensch Stephan! Seite 11
Sagen, was ist Seite 20

1. September ist Weltfriedenstag

Vor 80 Jahren begann das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg



Der Traum ist aus

*Ich hab geträumt, der Winter wär vorbei
Du warst hier und wir waren frei.
Und die Morgensonne schien.
Es gab keine Angst und nichts zu verlier'n,
Es war Friede bei den Menschen und unter den
Tier'n.
Das war das Paradies.*

*Der Traum ist aus.
Der Traum ist aus.
Aber ich werde alles geben, daß er Wirklichkeit
wird.*

*Ich hab geträumt, der Krieg wär vorbei.
Du warst hier, und wir waren frei.
Und die Morgensonne schien.
Alle Türen waren offen, die Gefängnisse war'n
leer.
Es gab keine Waffen und keine Kriege mehr.
Das war das Paradies.*

*Gibt es ein Land auf der Erde,
Wo dieser Traum Wirklichkeit ist?
Ich weiß es wirklich nicht.
Ich weiß nur eins und da bin ich mir sicher:
Dieses Land ist es nicht.
Dieses Land ist es nicht.*

*Der Traum ist ein Traum zu dieser Zeit.
Doch nicht mehr lange, mach dich bereit.
Für den Kampf um's Paradies.
Wir hab'n nichts zu verlier'n außer unser Angst
Es ist uns're Zukunft, unser Land.
Gib mir deine Liebe, gib mir deine Hand.*

Songtext: Rio Reiser

Käthe Kollwitz, Plakat „Nie wieder Krieg“, 1924

Das Plakat entstand im Auftrag der Sozialistischen Arbeiter-Jugend anlässlich des Mitteldeutschen Jugendtages in Leipzig am 2.–4. August 1924. Dort wurde es am 3. August 1924 – genau 10 Jahre nach der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich (weiterlesen auf Seite 2)

Bild- und Textquelle: www.kollwitz.de/plakat-nie-wieder-krieg



Foto: privat

von
Franziska Schneider,
Erkner, Direktkandi-
datin zur Landtags-
wahl am 1. Septem-
ber im Wahlkreis 31

Frieden auf der Welt nur eine Utopie?

Gedanken zum Weltfriedenstag

Am 1. September begehen wir den Tag des Weltfriedens. Gab es ihn jemals? Gibt es ihn schon? Die Geschichte ist gekennzeichnet durch Kriege überall auf der Welt. Der Weltfrieden scheint erklärungsbedürftig zu sein: Der Begriff beschreibt einen Idealzustand, nämlich jenen, der das Ende aller

Kriege und Feindseligkeiten beinhaltet, d.h. auch, alle gegenwärtigen Kriege und Konflikte sind beigelegt und beendet.

Klingt wie ein Traum, also nochmal anders erklärt: Immanuel Kant hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ wesentliche Grundlagen für unseren modernen Friedensbegriff postuliert. Und ja, das war 1795. In Form eines fiktiven Friedensvertrages wendet Kant seine Moralphilosophie auf die Politik an. Er versucht, die Frage zu beantworten, ob und vor allem wie ein dauerhafter Friede zwischen Staaten zu realisieren wäre. Für Kant selbst war Frieden kein natürlicher Zustand zwischen Menschen. Friede muss gestiftet und abgesichert werden, und dies ist eine Angelegenheit der Politik!

Und 2019? Kürzlich wurde die Antwort der Bundesregierung an den Grünen-Politiker Omid Nouripour veröffentlicht. Demnach wurden im ersten Halbjahr 2019 Rüstungsexporte im Wert von 5,3 Milliarden Euro genehmigt. Mit anderen Worten: Das Exportvolumen Deutschlands in Sachen Rüstung, Waffen und Logistik war im ersten Halb-

jahr diesen Jahres deutlich höher als im Gesamtjahr 2018 (4,8 Milliarden Euro). Gute Kunden unseres Landes sind auch islamistische Staaten, wie z.B. Saudi-Arabien, oder aber der türkische Faschismus von Erdogan.

Menschenrechte sind in den Konflikt- und Kriegsgebieten Verhandlungssache. Die herrschende Politik in Deutschland handhabt diese ganz pragmatisch.

Mit den Rüstungsexporten wird auch der Krieg exportiert. Länder der Europäischen Union unterstützen mit ihren Rüstungsexporten sich feindlich gegenüber stehende Kräfte. Das Teile und Herrsche des antiken Roms schlägt sich in konkreten Profitraten der Rüstungskonzerne nieder.

Gerade und vor allem wegen der historischen Verantwortung Deutschlands – immerhin hat es zwei Weltkriege zu verantworten – wäre ein Stopp aller Rüstungsexporte nötig. Solange Maximalprofite mit Rüstungsgütern erwirtschaftet werden, ist der ewige Friede ein Traum. Es liegt an uns, diesen zu verwirklichen.

Fortsetzung der Bildunterschrift von Seite 1:

... bei einer Kundgebung auf dem Augustusplatz in Leipzig verwendet. Bei dieser soll nicht nur an die „schauderhaften Erlebnisse der blutigen Kriegsjahre“ erinnert, sondern auch die Stimme erhoben werden zur Verhinderung weiterer Kriege.

Es ist eines der Plakate von Käthe Kollwitz. Ein Jugendlicher, der seine linke Hand aufs Herz, die rechte zum Schwur erhoben hat, ruft laut und vernehmlich – wie der weit geöffnete Mund beweist – nur diese drei fett unterstrichenen Worte: *Nie wieder Krieg.*

Möglicherweise bezieht sich Käthe Kollwitz mit der zum Schwur erhobenen Hand auf ein konkretes Ereignis: 1920, auf dem ersten Reichsjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands in Weimar, streckt der Arbeiterjugend-Funktionär Max Westphal am Ende der großen Kundgebung den einzigen Arm, den ihm der Krieg gelassen hat, in die Höhe. Mit seiner mitreißenden hellen Stimme ruft er aus: „*Nie wieder Krieg!*“.

BEI ANDEREN GELESEN

Vom friedlichen Europa reden, aber die Bundeswehr in die Ost-Ukraine schicken wollen

Ursula von der Leyens Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament wurde von den allermeisten deutschen Medien über den grünen Klee als visionärer Blick in die europäische Zukunft gefeiert. In ihrem Ansinnen, von der Leyen ins Amt zu schreiben, vergessen die Leitartikler jedoch den Kontext der jüngeren deutschen Politik und der Positionen von der Leyens, die keinesfalls friedfertig sind. Daran erinnert Ulrich Heyden in einem Gastkommentar.

Die EU-Kommission wird nun bald von einer ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin geführt. Das hat ein Geschmäcke. Manch einer erinnert sich: Im November 1942 beherrschte Deutschland mit militärischer Gewalt, Folter, KZs und Zwangsarbeit ganz Europa, von Paris bis vor Moskau, von Athen bis Oslo.

Die Besetzung Europas durch die deutsche Wehrmacht beschreibt Ursula von der Leyen in ihrer Brüsseler Rede als eine Art Schicksalsschlag. Die Worte Hitler oder Faschismus sucht man in ihrer Rede vergebens.

Von der Leyen vergaß auch nicht zu erwähnen, dass ihr Va-

ter an diesem Krieg nicht beteiligt war. „Mein Vater war 15 Jahre alt, als der schaurige Krieg, durch den mein Land Tod, Verwüstung, Vertreibung und Zerstörung über unseren Kontinent gebracht hat, endete.“

Ein Täter war ihr Vater also nicht. Sie selbst sei in Brüssel geboren worden. Noch ein Beweis für ihre „Europa-Tauglichkeit“, lautet die Botschaft der Bewerberin aus Deutschland.

Ursula von der Leyen beschwor in ihrer Rede wortreich das Europa der Völker. Doch die vielen Worte können nicht über-tünchen, dass Deutschland heute die führende Macht in Europa

ist und dass es deutsche Minister und Banken sind, die Griechenland mit einem brutalen Sparkurs in die Knie gezwungen und griechische Rentner ins Elend gestürzt haben.

Die neue Chefin der EU-Kommission ist beileibe keine Friedenstaube. Anfang Oktober 2014 schlug die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen vor, zum Schutz von OSZE-Beobachtern Bundeswehrsoldaten und Bundeswehr-Drohnen in die Ost-Ukraine zu schicken. Diese Idee wurde zum Glück nicht umgesetzt. Vermutlich behagt es anderen EU-Mitgliedern nicht, wenn Deutschland an der

Ostfront militärisch eine Sonderrolle spielt und Russland derart provoziert.

Doch man kann davon ausgehen, dass von der Leyen an der Ostfront weiter aktiv bleibt. Diesmal unter dem Label „Europa“. Wie sagte die Noch-Verteidigungsministerin doch gestern in ihrer Bewerbungsrede so schön: Europa mit seinen 500 Millionen Menschen wolle „Verantwortung übernehmen für sich und diese Welt.“

Quelle:
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=53460>, 17. Juli 2019

Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten!

Kurzfassung unseres Wahlprogramms zur Landtagswahl 2019 in Brandenburg

Das Öffentliche stärken

Die Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Staates und kein Feld für Profite.

Deshalb wollen wir:

- soziale Sicherungssysteme erhalten und weiter ausbauen.
- die Privatisierung von Grund und Boden stoppen. Wo erforderlich, werden wir auch die Rückführung in öffentliches Eigentum anstreben.
- deutlich mehr bezahlbare Wohnungen: barrierefrei, für jeden Geldbeutel und für unterschiedliche Wohnformen.
- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften stärken und eine landeseigene Wohnungsgesellschaft gründen.
- Strom und Wärme bezahlbar, gerecht verteilt, zuverlässig, nachhaltig umweltverträglich und dezentral produzieren.
- zukünftig einen solidarisch finanzierten „fahrtscheinlosen Nahverkehr“: jeder soll, ohne ein Ticket lösen zu müssen, mit Bus und Bahn in ganz Brandenburg fahren können.

Kindern und Jugendlichen die Welt öffnen

Wir kämpfen für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung – unabhängig von den Voraussetzungen des Kindes, seiner Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern.

Wir wollen:

- alle Schulstandorte erhalten bzw. ausbauen und guten Unterricht an allen Schulen absichern.

- das gemeinsame Lernen weiter fördern. Die Gemeinschaftsschule werden wir zum Regelmodell in Brandenburg weiterentwickeln. Wir werden kein Kind zurücklassen.
- auch über das Azubi-Ticket hinaus Mobilität für Auszubildende ermöglichen, flexibel und günstig.
- für gute Studienbedingungen an Brandenburgs Hochschulen und eine gut ausgestattete Weiterbildungslandschaft sorgen.

Gesund leben in Brandenburg

Eine bestmögliche und wohnortnahe Versorgung durch Haus- und Fachärzt*innen bleibt für uns oberste Priorität – überall in Brandenburg.

Wir wollen:

- Krankenhäuser weiter erhalten und zu Versorgungszentren nach dem Vorbild der Polikliniken ausbauen.
- die Notfallversorgung auch in den kleinen Häusern in den ländlichen Räumen dauerhaft gewährleisten, um kurze Wege für die Patient*innen zu gewährleisten.
- uns für eine größere gesellschaftliche Wertschätzung sowie eine bessere Vergütung der Arbeit von Pflegenden stark machen.
- für einen verbindlichen Mindest-Personalschlüssel in der stationären Pflege kämpfen.

Teilhabe für alle und von Anfang an

Wir wollen alle mitnehmen – niemanden zurücklassen. Jedes Kind soll gleichberechtigt sein Recht auf Teilhabe und gesundes Aufwachsen wahrnehmen können. Kinderarmut werden wir weiter konsequent und umfassend bekämpfen. Alle Familien brauchen Unterstützung.

Wir wollen:

- die vollständige Beitragsfreiheit von der Kita bis zum Hort durchsetzen.
- freie Fahrt für unsere Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren mit dem ÖPNV, überall in Brandenburg.



- die Bereitstellung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens – zunächst für alle Grundschüler*innen.
- die Umsetzung der Maßnahmen des „Runden Tisches gegen Kinderarmut“, z.B. des Programms zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Familien.

Arbeit und Wirtschaft in sozialer Verantwortung

Wir wollen die Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis – Gute Arbeit, von der man leben kann. Langzeitarbeitslosigkeit werden wir konsequent bekämpfen, Altersarmut nicht zulassen. Wir geben niemanden auf.

Deshalb wollen wir:

- einen armutsfesten Vergabemindestlohn von 13 Euro pro Stunde und eine deutlich höhere Tarifbindung der Unternehmen durchsetzen.



- öffentliche Aufträge und Fördermittel nur an Unternehmen vergeben, die ihre Angestellten nach Tarif bezahlen.
- Hartz IV abschaffen und durch eine sanktionsfreie Grundsicherung ersetzen.
- das Handwerk und den Mittelstand als tragende Säulen der Brandenburger Wirtschaft noch besser unterstützen.
- bei Berufsausbildung, Unternehmensgründungen und -nachfolge mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräfte- und Zukunftssicherung beitragen, z.B. durch die Meisterprämie und eine kostenfreie Meisterausbildung.

Diskriminierungsfrei leben in Brandenburg

Das muss für jede*n möglich sein – überall im Land. Das gesellschaftliche Klima ist heute mehr denn je auch davon abhängig, wie klar Grenzen für diskriminierendes und menschenfeindliches Verhalten Einzelner gesetzt werden. Deshalb wollen wir:

- die Antirassismusklausel in der Landesverfassung durch ein Antidiskriminierungsgesetz ergänzen. Betroffene von Diskriminierung durch staatliche Stellen sollen besser geschützt werden.
- das Gleichstellungsgesetz novellieren, Geschlechterparität fördern und Gewalt bekämpfen.
- die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Homo-, Bi- und Transphobie sowie einen positiven gesellschaftlichen Wandel hin zu Akzeptanz, Solidarität und Wertschätzung aktiv fördern.

Klimawandel aufhalten – geht nur sozial!

Um den Klimawandel aufzuhalten, bleibt nicht mehr viel Zeit. Die Energie- und Ver-

kehrswende können wir nur mit den Menschen gemeinsam erfolgreich gestalten.

Wir wollen:

- einen schnellstmöglichen und sozialverträglichen Kohleausstieg ermöglichen und den Aufschluss neuer Tagebaue verhindern.
- die Folgekosten der Bergbausanierung und Renaturierung den Unternehmen auferlegen, die jahrzehntelang von der Braunkohle profitiert haben.
- den Strukturwandel mit den Menschen vor Ort gestalten und mit einem Fond für die Zivilgesellschaft bürgerschaftliches Engagement stärken.
- den öffentlichen Nahverkehr in allen Regionen stärken, z.B. durch die Verdichtung des Streckennetzes, einen landesweiten Ein-Stunden-Takt und die Förderung neuer Busse und Straßenbahnen

Freiheit und Sicherheit – starken Bürgerrechten verpflichtet

Wir wollen das Vertrauen der Brandenburger*innen in den Rechtsstaat bewahren. Statt jahrelangem Warten muss es schnell Rechtssicherheit durch zeitnahe Entscheidungen für Betroffene geben.

Deshalb wollen wir:

- überlange Verfahrensdauern, vor allem bei Sozial- und Verwaltungsgerichten durch organisatorische Maßnahmen und zusätzliches Personal verkürzen.
- eine bürgernahe Polizei, die die Bevölkerung zuverlässig vor Kriminalität schützt und gleichzeitig die Rechte der Bürger*innen verteidigt. Dafür ist sie personell und materiell gut auszustatten.
- den Brand- und Katastrophenschutz und freiwillige Feuerwehren weiter stär-



ken, um in allen Regionen des Landes ein hohes Schutzniveau gewährleisten zu können.

Ost und West: 30 Jahre Ungleichheit sind genug

30 Jahre nach der Wende werden Menschen im Osten allein wegen ihrer Herkunft noch immer benachteiligt. Damit muss endlich Schluss sein!

Deshalb wollen wir:

- den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn auf mindestens 13 Euro anheben und das ohne Ausnahme oder Unterschiede zwischen Ost und West. Gleiche Arbeit muss endlich überall in Deutschland auch gleich bezahlt werden.
- eine Angleichung des Rentenniveaus zwischen Ost und West. Das bundesweite Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben und eine Mindestrente von 1050 Euro für jeden garantiert werden.
- einen Untersuchungsausschuss einrichten, der die Geschichte der Treuhand und die Schäden, die sie in ganz Brandenburg verursacht hat, endlich aufklärt.

Brandenburg – Ort für Demokratie und Engagement

Wir stehen für umfassende Beteiligungsrechte. Bürgerschaftliches Engagement und direkte Mitwirkung auf allen Ebenen sind unverzichtbare Bestandteile einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Sie gilt es deshalb zu fördern und zu stärken. Deshalb wollen wir:

- die direkte Demokratie in Brandenburg ausbauen, z.B. durch die Ermöglichung

des Sammelns von Unterschriften für Volksbegehren auf der Straße oder indem wir Volksbefragungen und Referenden auf Landesebene ermöglichen.

- das Ehrenamt als Form der selbstbestimmten Übernahme von Verantwortung unterstützen und wertschätzen, z.B. durch einen landesweiten Ehrenamts-Pass.
- gemeinsam mit allen Akteuren eine Engagementstrategie des Landes erarbeiten, um das Ehrenamt von bürokratischen und wenig flexiblen Vorgaben zu entlasten.

Brandenburg – international und weltoffen

Wir wollen die Präsenz Brandenburgs auf europäischer Ebene verstärken und ausbauen. Wir bieten den Menschen in Brandenburg einen Dialog an, um Europa verständlich und erlebbar zu machen.

Wir werden:

- deutlich machen, inwiefern Entscheidungen auf EU-Ebene das Leben der Brandenburger*innen beeinflussen.
- weiter dafür kämpfen, dass alle Geflüchteten ein faires Asylverfahren durchlaufen. Flucht ist kein Verbrechen!
- daran arbeiten, denjenigen, die zu uns gelangt sind, die Chance zu eröffnen, sich ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben aufzubauen.
- die Beratungsstrukturen für Geflüchtete erhalten – für wirksame Integrationsarbeit.

Gutes Leben – im ganzen Land

Egal ob in Guben oder Perleberg. Überall sollen die Menschen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben. Dafür

brauchen wir starke Kommunen im ganzen Land. Wir werden die Kommunen weiter finanziell besser ausstatten und den Weg der Entschuldung weitergehen. Wir werden das kommunale Investitionsprogramm weiter ausbauen und so für neue Spielplätze, Straßen und Gemeindehäuser sorgen. Funklöcher wollen wir stopfen und für eine umfassende Netzabdeckung im Land sorgen. Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen – von der Prignitz bis in die Lausitz sind für uns keine Floskel, sondern zentrales Ziel unseres politischen Handelns. Wir wollen ein gerechteres, ein sozialeres Brandenburg!

Das vollständige Wahlprogramm erhalten Sie in unseren Geschäftsstellen (s. S. 18), an den Info-Ständen oder können Sie im web unter www.dielinke-brandenburg.de/nc/wahlen/landtagswahl/wahlprogramm/ herunterladen.





Foto: DIE LINKE

von
Martha Herzog,
Woltersdorf, Mit-
glied der Redaktion
des „Widerspruch“

Gedanken zum Wahlprogramm

■ Auf den Anfang kommt es an – gute Bildung für alle!

DIE LINKE setzt sich unter diesem Slogan für Chancengleichheit für die Jüngsten ein. Der Besuch einer



Krippe oder einer KiTa ist für die frühkindliche Bildung enorm wichtig. Alle Kinder erhalten hier Zugang zu Bildung und Förderung, unabhängig vom sozialen oder ökonomischen Hintergrund ihrer Eltern. Musik, kreatives Gestalten, naturwissenschaftliche Erfahrungen, Bewegung und Sport – dies alles wird durch qualitativ hochwertige pädagogische Angebote erfahrbar gemacht.

DIE LINKE setzt in der Bildung für die Jüngsten zum Einen auf Qualität. Der Zugang zu verschiedenen Bildungsangeboten allein reicht nicht aus. So hat DIE LINKE in der vergangenen Wahlperiode vor allem in den personellen Ausbau der Betreuungseinrichtungen investiert und dadurch einen großen Beitrag zur Qualitätssteigerung

geleistet. Der Personalschlüssel in Krippen und KiTas wurde schrittweise verbessert. Heute betreut eine Fachkraft fast ein Kind weniger als 2012. Dies ist angesichts des Fachkräftemangels ein enormer Erfolg, der unmittelbar den Brandenburger Familien zu Gute kommt.

Zum Anderen setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass alle Kinder gleichermaßen Zugang zu frühkindlicher Bildung erhalten. Seit August 2018 müssen Familien für das letzte KiTa-Jahr vor Schulbeginn nichts mehr bezahlen. Zudem wurden Familien mit niedrigem Einkommen komplett von den Beiträgen befreit. Das Ziel ist es, die komplette Krippen- und KiTa-Zeit kostenlos anzubieten, damit alle Kinder mit denselben Chancen ins Leben starten.

■ Der 8. Mai – Tag der Befreiung

Gedenken und Erinnern im Oder-Spree-Kreis

Für DIE LINKE ist es ein besonderes Anliegen und eine fortwährende Verpflichtung, die Erinnerung und das Gedenken an die Nazi-Vergangenheit Deutschlands aufrecht zu erhalten. Die Vergangenheit muss als Mahnung für aktuelles Handeln verstanden und der Opfer des Faschismus in besonderem Maße in Würde gedacht werden.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war der Beschluss des Landtages, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa zum Gedenktag zu erklären. DIE LINKE tritt zudem dafür ein, diesen Tag im Jahr 2020 einmalig zu einem Feiertag zu erklären, um den 75. Jahrestag des Kriegsendes entsprechend begehen zu können.

Im Gedenken an die Opfer des Faschismus spielen die Erinnerungsorte eine immer wichtigere Rolle, da zunehmend weniger Zeitzeugen von ihren Erlebnissen berichten können. Die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück, aber auch ehemalige KZ-Außenlager wie in Fürstenwalde oder Bad Saarow bergen die Chance, auch kommenden Generationen die deutsche Geschichte in ihrer dunkelsten Facette im Bewusstsein zu halten. Vor allem Kinder und Jugendliche sollen sich direkt an den historischen Stätten informieren können und erfahren, dass man nicht weit reisen muss, um an einen Erinnerungsort zu gelangen. Geschichte kann vor Ort erlebbar sein. Das Wissen um die Vergangenheit liegt vor der eigenen Haustür.

Durch das Aufrechterhalten von Erinnerung und Gedenken an die Opfer des Faschismus leistet DIE LINKE einen wichtigen Beitrag, um Fake-News, Falschbehauptungen und Übertreibungen nachhaltig entgegen zu treten. Im Streit mit sich zunehmend radikalisierenden Gesprächspartnern ist es um so wichtiger, sich für eine sachliche Auseinandersetzung stark zu machen und schlichten Behauptungen mit fundiertem Wissen zu begegnen.

Wahlkampfabschluss von Karsten Knobbe (Bürgermeisterkandidat in Hoppegarten) **und Franziska Schneider** (Direktkandidatin zur Landtagswahl im Wahlkreis 31)

25. August | 16–20 Uhr | Hoppegarten, Lindenallee 14 (Rathaus Hoppegarten)

Wahlkampfabschlussparty im Innenhof des Rathauses Hoppegarten am 25. August 2019 ab 16 Uhr. Kommen Sie mit uns und unseren Gästen ins Gespräch bei Bier und Bratwurst, garniert mit guter Musik. Auch an Spiel und Spaß für Kinder ist gedacht. Mit dabei

- Dr. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
- Bettina Fortunato, Vorsitzende des Kreistags MOL,
- Singer-Song-Writerin Leona Heine,
- ... und viele weitere Gäste.



Wahlkampf heute: digital-sozialer Hass oder demokratische Streitkultur?

Die Erfahrungen aus dem Kommunal- und Europawahlkampf sind je Ortschaft oder Stadt sehr verschieden. Einigkeit herrscht jedoch (immer noch) in den großen Fragezeichen, wie mit der AfD im Internet und auf der Straße umgegangen werden soll. Während es in Erkner an den Infoständen mit den Bürgern und in den sozialen Netzwerken vergleichsweise demokratisch abläuft, sieht dies in Neuenhagen ganz anders aus.

Egal ob virtuell oder real, im Wahlkampf haben die Genossen mehr Ablehnung, mehr Feindseligkeit und wenig Bereitschaft zu diskutieren erlebt. Es scheint, als hätten die AfD und andere rechte Kräfte auf Facebook, Instagram, Twitter und Co. ein Feuerwerk abgebrannt, dem nur schwer zu entgegnen ist. Vor allem dann, wenn in manchen Basisorganisationen und Fraktionen von uns nur ein Einziger in den sozialen Netzen vertreten ist. So eine One-Man-Show kann nur frustrieren, entmutigen und Enttäuschung verursachen.

Soziale Netzwerke sind als Beschleuniger und Katalysatoren für relevante politische Inhalte oder eben auch als Werbung für Produkte und Konsum zu verstehen. Die AfD-Klientel betreibt in den Netzwerken eine Methode der Selbstimmunisierung. Akzeptiert werden dabei Inhalte, die in die eigene Weltanschauung passen, also AfD-konform sind. Völlig nebensächlich, ob die berichteten Tatsachen tatsächlich der Wahrheit entsprechen oder manipuliert, gefälscht wurden. Was nicht passt, wird passend gemacht.

Dafür muss es jedoch Tabus und Missstände in der Gesellschaft geben, die man brechen, beziehungsweise gegen die man protestieren kann. Klassischerweise prangern Rechtspopulisten die Tabus der „Lügenpresse“ und der „politischen Korrektheit“ sowie das Agieren bzw. Unterlassen der „etablierten Politik“ an. Während die „korrupten Eliten“ durch Inkompetenz und Böswilligkeit die eigentlichen Probleme überhaupt erst verursachten, würden die „Gutmenschen“ sie in ihrer Blindheit einfach verdrängen. Die Bedrohung unserer Gesellschaft durch

„Flüchtlingskrise“, „EU-Diktat“ und „Islam-Terror“ sei immanent und nur durch jemanden zu beseitigen, der außerhalb des Systems stünde – hierzulande durch die AfD abseits der unnützen „Alt-Parteien“ und in den USA durch Donald Trump, den starken Mann außerhalb des „Establishments“ und politischen Sumpfes, den es auszutrocknen gelte.

Rechtspopulismus, wie er in den Medien verwendet wird, ist ein Wertebegriff. In Sprache und Form werden negative Wertungen vorgenommen und kämpferisch verwendet.

Als politische Adresse sieht sich unsere Partei ständig mit anderen linken Bewegungen im Parteispektrum verglichen, wie z.B. den Grünen oder der SPD. Die Frage, die sich damit aufdrängt, lautet: Sollten wir uns deutlich abgrenzen oder gemeinsam für die demokratischen Ziele unserer Gesellschaft eintreten? Bringt uns das Bekenntnis zum Hass auf die AfD und ihre Helfershelfer wirklich weiter oder wäre es besser, uns als Demokraten zu bekennen und als solche zu agieren?

Wahlkampf auf der Straße unterscheidet sich extrem von jenem, der in den sozialen Medien des Internet stattfindet. Während im persönlichen Gespräch durchaus die Situation eintreten kann, dass der AfD-Sympathisant uns Recht gibt, tritt dieses Ereignis im Internet nie ein. Dort wird kollektiv gegen die Gesellschaft argumentiert. Die Filterblase schützt das agierende Ego vor der Schwäche der eigenen Argumente.

Keiner politischen Kraft ist es in den letzten Jahren gelungen, die Möglichkeiten der Digitalisierung für sich zu nutzen, außer der AfD. Der Facebook-Auftritt der CDU ist ein Debakel, die SPD zerstreut sich in den sozialen Netzwerken selbst. Und wir? Wir sind nicht besser. Parteiinterna werden im öffentlichen Netz breitgetreten, zuletzt gab es Streit bis Tränen fließen und man sich gegenseitig blockiert. Unsere politischen Gegner sind über derartige Gefechte höchst erfreut.

Was bedeutet das für unsere politische Arbeit – von der Straße ins Netz und umgekehrt? Wir müs-

sen uns besser vernetzen. Unsere Informationen, politische Aktionen, Argumentationen, die Ziele unserer Partei bedürfen einer wesentlich breiteren, tieferen Vernetzung von uns selbst und unseren Parteistrukturen.

Ob nun bei Facebook, Instagram, Twitter und Co., in Diskussionen mit „besorgten“ Bürgern müssen wir uns gegenseitig unterstützen, virtuelle Hilfe dort einfordern, wo es nötig erscheint.

Die Antworten auf die hier aufgeworfenen Probleme sind komplex, wie die Themen selbst. Folgend einige unabgeschlossene Gedanken dazu:

- Besonderes Augenmerk müssen wir auf unsere Streitkultur legen, keine ad hominem, also verbale Angriffe auf Personen, Beleidigungen usw., Diskussion immer auf der Sachebene. Wenn der Diskutant die Sachebene verlässt, Diskussion abbrechen. Ebenso, wenn er den strittigen Punkt, das Thema der Diskussion verlässt. Er zieht euch dann auf sein Niveau, dort ist er zu Hause, dort werden wir keine Erfolge im Streit erringen.
- Eigene Themen setzen, die Themen von uns selbst (also auch anderen Basisorganisationen) verbreiten und klar Stellung beziehen zu Problemen. Lösungen für lokale Probleme suchen, anbieten und bereit sein, diese auch lösen zu wollen. Selbstkritisch bleiben und persönliche Animositäten zurücksetzen.
- Nichts geht über eine aktuelle, ansprechende und übersichtliche Homepage mit hohem Wiedererkennungswert und regelmäßigen Aktualisierungen.
- Wenn keine Bereitschaft zur Diskussion auf allen Kanälen besteht, hilft nur eines: Hingehen, wo die Bürger diskutieren (Sportverein, Pub)

von
Franziska Schneider,
 Erkner



von
Franziska Schneider,
Erkner, medienpoli-
tische Referentin der
Fraktion DIE LINKE
im Landtag Bran-
denburg

Sozial reicht hier nicht – gerecht soll es zugehen

System der Rundfunkgebühren sozial ausgewogener gestalten

Jeder zahlt den Rundfunkbeitrag, richtig? Nein. Es gibt eine Reihe sozialer Ausnahmefälle, wie Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter, Sozialgeld oder Arbeitslosengeld (ALG) II, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Ausbildungsförderung, Berufsausbildungshilfe oder Ausbildungsgeld für behinderte Menschen. Ungefähr 573 Millionen Euro (Zahl aus dem Jahr 2017) weniger fließen so jährlich an den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, für den die nächste Gebührenerhöhung bereits im Gespräch ist.

Zwei Punkte sehe ich hier kritisch:

Erstens verdrückt sich der Sozialstaat einmal mehr aus seiner Kernverantwortung, die darin besteht, für sozial benachteiligte Menschen einzustehen. In diesem Falle hieße dies, die fehlenden Rundfunkgebühren aus den Sozialkassen zu bezahlen. Indem dies ausbleibt, wird wieder einmal mit dem Finger auf die Ärmsten gezeigt, die ja nichts

beitragen. Ganze soziale Gruppen werden so einmal mehr ausgegrenzt und diskreditiert.

Zweitens wird durch die geübte Praxis ein Alibi für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk geschaffen, sich thematisch nicht oder selten sozialen Fragen zu widmen. Diejenigen, die davon betroffen sind, zahlen ja keine Gebühren. Jedoch ist der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk an einen Programmauftrag gebunden, dessen Einhaltung wir immer wieder anmahnen sollten.

Bundesagentur muss Zahlung übernehmen

Die Bundesagentur für Arbeit sollte die Kosten für die Bezieher von ALG II und von Sozialgeld übernehmen. Der Bund soll für die Ausfälle durch die anderen genannten Gruppen einstehen. Das wäre eine gerechte Lösung, weil eben jene Institutionen gesetzlich für die finanzielle Sicherung dieser sozial benachteiligten Personengruppen verantwortlich sind und die erfor-

derlichen Summen ohne ernsthafte Probleme aufbringen können.

Zur praktischen Umsetzung sollte die Befreiung der betreffenden Personen aufgehoben werden und gleichzeitig die Zahlung an den Beitragsservice direkt vom jeweiligen Sozialleistungsträger aus erfolgen, um Beitragsschulden vorzubeugen.

Auf diesem Wege könnte der Rundfunkbeitrag für die kommenden Jahre mindestens stabil gehalten werden. Aber auch die Förderung von lokalem Journalismus wäre eine denkbare Möglichkeit.

Damit mache ich mir eine Forderung von Prof. Paul Kirchhof zu eigen, der bereits im Jahr 2010 in seinem „Gutachten über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ nicht nur forderte, den Beitrag für Zweitwohnungen abzuschaffen, sondern es zudem für sinnvoll erklärte, die Kosten der sozial begründeten Beitragsbefreiungen dem Sozialstaat aufzuerlegen.

BEI ANDEREN GELESEN

Walter Lübcke – Normal

Leo Fischer über die offene Billigung des Lübcke-Mordes und die politische Drift nach rechts

Ein bisschen Mord ist immer! Das hat er zwar nicht gesagt, der Pegida-Demonstrant, aber tatsächlich dieses: „Im Vergleich zur linksextrremen Gefahr ist ein Mord alle zwei bis drei Jahre aus irgendwelchen Hassgründen normal.“ Das ungefiltert nationalsozialistische Gegeifer, dass der Demonstrant ohne jegliche Scheu ins Mikrofon von „Kontraste“ sprühte, hat mit Recht für Empörung sorgt. Alenthalben fragt man sich jetzt, wie sicher sich dieses Milieu fühlen muss, wenn die Verharmlosung politischer Morde nicht mehr unterm Deckmantel anonymer Internetaccounts stattfindet, sondern auf offener Straße.

Aber warum sollte sich der Demonstrant auch nicht so äußern? Überall werden er und seinesgleichen doch belohnt für Aussagen wie diese. Die Reaktion auf einen nationalsozialistischen Mord an einem Politiker ist eine Einladung bei Plasberg – mit großzügig bemessener Bonus-Redezeit. Die Reaktion auf schwer bewaffnete nationalsozialistische Milizen quer durch den Sicherheitsapparat hin-

durch ist eine weitere Verschärfung der Asylgesetzgebung. Die Reaktion auf Waffenpakete an Politiker sind Kooperationen von CDU und AfD. Die Empörung über die Sätze auf der Pegida-Demo überspielt lediglich, dass in den großen Medienredaktionen, in den konservativen Thinktanks längst schon so gedacht wird: Wenn die jetzt schon Morde begehen, dann sollte man sich doch besser gut mit ihnen stellen, dann wird ja wohl irgendwas dran sein.

Allein die Perfidie der Traueradressen zum Mordfall Lübcke sprach Bände: Niemand dürfe wegen seiner Meinung mit dem Tod bedroht werden, so der Tenor gerade von konservativer Seite – unausgesprochen die Ergänzung „egal, wie extrem sie auch sei“. Schon hat man die „Meinung“ Lübckes, die bis vor kurzem parteienübergreifender Konsens war, nicht nur zu einer „bloßen Meinung“ gemacht, sondern sie sogar schon in die Nähe des Extremismus gerückt. Und schon hat Lübcke im Stillen auch ein bisschen selbst Schuld gehabt, schon war er derje-

nige, der sich ohne Not in Gefahr brachte.

Überall findet eine Naturalisierung des Mords statt, man erklärt ihn mit den Mitteln derjenigen, die ihn insgeheim schon befürworteten: „Asylkritiker“ fänden kein Gehör, man müsse ja verstehen, wenn Leute in die Kriminalität gingen, und was dergleichen kruden Gewäschs mehr ist. Überall da, wo der Mord als natürliche Reaktion eines irgendwie aufgewühlten Volkskörpers stehen gelassen wird, lädt man erneut zu ihm ein. Überall da gibt man dem Pegida-Demonstranten recht, von dem man sich nur im Habitus, nicht in der Sache unterscheidet.

Über nichts wird intensiver nachgedacht als über die Befriedung eines Milieus, dem man, wenn man es wirklich ernst meinte mit der wehrhaften Demokratie, sofort den Krieg erklären müsste. Für jedes geworfene Stück Gemüse auf linken Demos gibt es inzwischen Haftstrafen – noch zwei Jahre nach G20 in Hamburg sitzen Demonstranten in Untersuchungshaft; ein bizarres Justizspektakel,

das Millionen kostet. Einer Szene hingegen, die mittlerweile offen zum Bürgerkrieg rüstet, gilt die Sorge Frank Plasbergs, ob sie sich in seiner Sendung auch recht wohlfühlt.

Überall handelt man so, als seien sie schon an der Macht; überall geht man mit ihnen um, als könnte man schon nicht mehr anders. Man überreicht der nationalen Sektion, die nach neuesten Hochrechnungen immer noch um die Zehnprozent-Marke herumkrebst, aber dank einer cleveren Medienstrategie auf allen Ebenen die Kommentarspalten flutet, die Schlüssel zur Stadt. Nicht aus Hilflosigkeit und noch nicht aus Furcht: Man kann schon gar nicht mehr anders denken als sie. Es ist, um mit dem Demonstranten zu sprechen, schon „normal“.

Leo Fischer war Chef des Nachrichtenmagazins „Titanic“. In dieser Rubrik entsorgt er den liegen gelassenen Politikmüll.

Quelle: Tageszeitung „neues deutschland“, 6. Juli 2019, Rubrik: Politik & Ökonomie/Kommentar

Den Grundfreibetrag anheben!

Bei der Besteuerung von Renten kommt es zu großen Ungerechtigkeiten. Die Bundesregierung muss deshalb endlich handeln.

Immer mehr Seniorinnen und Senioren müssen einen immer größeren Teil ihrer Rente versteuern und schreiben mir deshalb Protestbriefe. Teils haben sie schon seit Jahren keine Steuererklärung gemacht und verstehen nicht, dass sie wegen der jährlichen Rentenerhöhungen plötzlich in die Steuerpflicht rutschen. Teils verstehen Rentnerinnen und Rentner auch nicht, warum sie auf die Rente Steuern zahlen sollen und teils haben sie in Fernsehbeiträgen oder Zeitungsartikeln gelesen, dass immer mehr Ältere sogar doppelt besteuert werden. Ich kann die Kritik und die Sorgen sehr gut verstehen. Aber wie so oft bei der Rente – und noch mehr bei den Steuern – gilt: Die Tücke liegt im Detail und alles ist furchtbar kompliziert! Ich habe also die Zahlen bei der Bundesregierung abgefragt: Ab 1. Juli werden nur auf Grund der jährlichen Rentenerhöhung 48 000 Ältere erstmals eine Steuererklärung machen müssen und der Bundesfinanzminister wird zusätzlich 410 Millionen Euro mehr einnehmen. Nach Angaben des Finanzministers werden dann insgesamt fünf Millionen Rentnerinnen und Rentner zum Einkommenssteueraufkommen beitragen. Soweit die Fakten. Vielleicht wird es den Einen oder die Andere überraschen, aber DIE LINKE ist nicht grundsätzlich gegen eine Besteuerung von Alterseinkünften, zu denen Renten ja gehören. Das zu erklären, ist gar nicht so einfach: Im Jahr 2005 wurde damit begonnen, die Rentenbesteuerung schrittweise auf die sogenannte „nachgelagerte Besteuerung“ umzustellen: Wer im Jahr 2019 in Rente geht, muss nur 78 Prozent seiner Alterseinkünfte versteuern. Für den Rentenjahrgang 2040 gilt dann aber erstmals, dass die gesamten Renteneinkünfte (100 Prozent) für die Bemessung der Steuerschuld herangezogen werden. Als Faustformel gilt dann wegen des Steuerfreibetrags von 9 168 Euro: Eine alleinstehende Neurentnerin ohne weitere nennenswerte Einkünfte zahlt 2019 bis zu einer Rente in Höhe von 1 170 Euro brutto keinen Cent Steuern. Ihre Nachbarin, die schon 2009 in Rente ging, darf aber

1 381 Euro Rente steuerfrei beziehen. So weit, so schlecht.

Rentenbeiträge von der Steuer absetzen

Was aber viele nicht wissen: Mit der zunehmenden Besteuerung der Renten wird bis 2040 auch die steuerliche Belastung der Rentenbeiträge, die man während des Arbeitslebens zahlt, schrittweise zurückzuführen. Das heißt, dass man heute nur 88 Prozent seiner Rentenbeiträge von der Steuer absetzen kann und 2040 werden es dann die kompletten Beiträge sein, die man bei der Steuererklärung angeben darf. Wer dann 2070 in Rente geht, kann sich freuen. Er konnte während seines Arbeitslebens ganz viel Rentenbeitrag von der Steuer absetzen und dürfte, auf sein gesamtes Leben betrachtet, besser weggekommen sein als alle, die heute in Rente gehen.

Warum regen sich dann so viele Rentnerinnen und Rentner auf und was hat es denn mit der Doppelbesteuerung auf sich? Ersteinmal wissen die meisten Menschen gar nicht, dass man immer mehr Rentenbeiträge von der Steuer absetzen kann und zweitens kann es eben in der Übergangsphase bis 2040 und darüber hinaus dazu kommen, dass die Entlastung bei den Steuern auf Rentenbeiträge niedriger ist als die Belastung der späteren Renten mit Steuern. Das nennt man dann Doppelbesteuerung. Das war der Bundesregierung schon lange bekannt und es gab viele Warnungen. Aber erst in den vergangenen zwei Jahren haben zwei gewiefte Steuerexperten, die Brüder Günter und Werner Siepe, noch einmal genau nachgerechnet und nachgewiesen, dass 2019 bei einer Nettorente von 1.308 Euro (Standardrente) Folgendes gilt: 65.405 Euro der Rente werden nicht besteuert, aber während des Arbeitslebens hat er oder sie auf 84 276 Euro Rentenbeiträge Steuern zahlen müssen. Zu viel besteuert werden also 18 871 Euro der hart erarbeitenden Rente! Wieviel Steuern dann mehr gezahlt werden, haben die Siepe-Brüder leider nicht ausgerechnet, aber für uns ist trotzdem klar: Die Bundesregierung darf sich vor den Problemen der Rentnerin-

nen und Rentner nicht mehr wegdrücken und muss ihre Sorgen endlich ernst nehmen.

Die Sorgen ernst nehmen

Deshalb haben wir einen Antrag ins Plenum des Bundestags eingebracht. Der Kern unseres Antrages: Wir fordern die Bundesregierung auf, den steuerlichen Grundfreibetrag von heute 9 168 Euro sofort auf 12 600 Euro anzuheben. Das würde viele kleine Renten komplett von der Steuerpflicht befreien. Außerdem soll die „nachgelagerte Rentenbesteuerung“ nicht schon 2040, sondern erst 2070 abgeschlossen werden. Damit wollen wir die Doppelbesteuerung so weit wie möglich eindämmen. Wichtig ist uns auch, dass die Frage, ob Rentnerinnen und Rentner von der Doppelbesteuerung betroffen sind, zukünftig nicht in jahrelangen Gerichtsverhandlungen geklärt werden soll, sondern auf Antrag vom Finanzamt geprüft werden muss! Zu guter Letzt werden wir auch in einer Expertenanhörung darauf dringen, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sich ernsthaft Gedanken macht, wie er die Steuerklärung für Rentnerinnen und Rentner einfacher zu gestalten gedenkt. Dazu gibt es viele gute Ansätze, Modellversuche und Vorschläge von Gewerkschaften, Sozialverbänden und im Bundestag von der Linksfraktion. Nun gilt es, endlich mit Bürokratieabbau im besten Sinne zu beginnen. Ob mich dann weniger Protestbriefe erreichen werden oder nicht: Die Hauptsache ist, die Sorgen und Nöte der Rentnerinnen und Rentner endlich ernst zu nehmen. DIE LINKE tut dies seit Langem und ich fordere die anderen Parteien auf, endlich dasselbe zu tun.



von
Matthias W. Birkwald,
Mitglied des Bundestages, parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE LINKE, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion, stellvertretender Vorsitzender des und Obmann im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales,
Foto: DIE LINKE

Quelle:
DISPUT, Juli 2019



Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Fürstenwalde

Licht und Schatten nach der Kommunalwahl

DIE LINKE Fürstenwalde startet in die neue Stadtverordnetenversammlung



Der Abend des 26. Mai, dem Wahltag für das Europäische Parlament und zur Kommunalwahl, war lang. Nicht nur, weil das Auszählen der

Stimmen lange dauerte – das Ergebnis zur Fürstenwalder Stadtverordnetenversammlung (SVV) stand erst am Mittwoch nach der Wahl fest – sondern auch, weil es viel zu reden gab. Waren die Ergebnisse der einzelnen Wahlgänge doch zu unterschiedlich und gleichzeitig enttäuschend wie auch Mut machend.

von **Stephan Wende**, Fürstenwalde, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV Fürstenwalde, Direktkandidat der LINKEN zur Landtagswahl am 1. September im Wahlkreis 30 (Stadt Beeskow, Stadt Fürstenwalde, Gemeinde Grünheide, Amt Odervorland, Gemeinde Rietz-Neuendorf), Foto: DIE LINKE Fürstenwalde

Stimmen lange dauerte – das Ergebnis zur Fürstenwalder Stadtverordnetenversammlung (SVV) stand erst am Mittwoch nach der Wahl fest – sondern auch, weil es viel zu reden gab. Waren die Ergebnisse der einzelnen Wahlgänge doch zu unterschiedlich und gleichzeitig enttäuschend wie auch Mut machend.

DIE LINKE Fürstenwalde hat bei der Stadtverordnetenwahl 2019 rund 1 000 Stimmen verloren, was leider auch den Verlust eines Mandates ausmacht. DIE LINKE ist nunmehr mit fünf Stadtverordneten in der SVV vertreten. Auffällig aber ist, dass die verlorenen 1 000 Stimmen zur Kreistagswahl wieder da waren. Das heißt, Wählerin-

nen und Wähler, die der LINKEN in Fürstenwalde ihr Vertrauen zur Kreistagswahl geschenkt haben, taten dies für die SVV nicht. Dass dies am personellen und inhaltlichen Angebot der LINKEN an ihre Wähler gelegen hat, ist eher nicht zu vermuten. Dafür war sowohl der Inhalt aufbauend, als auch die Kandidat*innen für Kreis und Stadt dieselben. Offensichtlich lag es eher daran, dass mit dem „Bündnis Fürstenwalder Zukunft“ und der Partei DIE PARTEI zwei politische Mitbewerber zur Wahl in der Stadt standen, die nicht für den Kreistag antraten und auch für Wähler*innen der LINKEN in Fürstenwalde eine Wahlalternative waren. Das war für DIE PARTEI erwartbar, allein schon, weil für sie mit Thomas Apitz ein sachkundiger Einwohner der Linksfraktion als Spitzenkandidat zur Wahl stand. Aber warum gerade das neoliberale Bürgermeisterbündnis, das eher als zukunftsverhindernd gerade durch DIE LINKE in der Stadt kritisiert wird, für linke Wähler*innen eine Alternative darstellt ...? Auf diese Frage muss DIE LINKE schnell eine Antwort finden – die Klausur- und Arbeitsberatung der Fraktion und des Ortsvorstandes Ende Juli diesen Jahres hat dies zur Aufgabe.

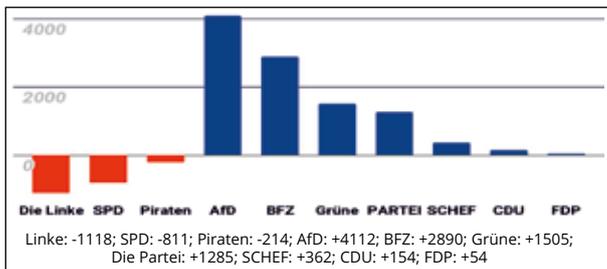
Doch neben aller Enttäuschung gibt es auch Hoffnung und Zuversicht bei den demokratischen Sozialisten aus der Domstadt: Mit Stephan Wende, ihrem Landtagsdirektkandidaten, kommt der Ab-

Und mit 2 923 Stimmen holte Stephan Wende auch bei der Kreistagswahl nach Dr. Artur Pech das zweitbeste Ergebnis und in seinem Wahlkreis 2 mit Abstand das beste Stimmergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten in diesem Wahlkreis.

Grund genug, mit Mut und Zuversicht das nächste Wahlziel, nämlich den Gewinn des Direktmandates für DIE LINKE mit Stephan Wende für Beeskow, Rietz-Neuendorf, Odervorland, Steinhöfel, Grünheide und Fürstenwalde, anzugehen.

Und auch die Konstituierung der SVV gestalteten DIE LINKEN aktiv und erfolgreich mit eigenen Anträgen mit:

- **Erstmals seit 1998 gibt es in Fürstenwalde einen eigenständigen Finanzausschuss, was den LINKEN wichtig ist, da die Auseinandersetzung zur weiteren Entwicklung der Stadt auch immer ein finanzielles Thema ist und sein wird.**
- **Auf Initiative der LINKEN wird es im Kultur- und Sozialausschuss eine zeitweise Unterarbeitsgruppe „Sport und Kultur“ geben, in der das Thema der Sport- und Kulturstättenentwicklung ebenso angegangen wird wie die Finanzierung der vielfältigen Vereins- und Akteurslandschaft im Sport und in der Kultur dauerhaft gesichert werden soll.**
- **Mit dem Antrag „1. September 1939 bis 2019 – den 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkriegs würdevoll gemeinsam begehen“ übernahm DIE LINKE die Initiative für eine gemeinsame Feierstunde Fürstenwaldes mit ihren polnischen Partnerstädten, um „ein weltoffenes Europa ohne Grenzen, um das Friedensprojekt Europa und um gelebte deutsch-polnische Freundschaft als Handlungsmaxime aus dem verheerenden 2. Weltkrieg für immer zu feiern!“**



Wählerwanderung im Vergleich der Kommunalwahlen 2014 und 2019, Diagramme: Marc Oesingmann



Wo sind die Wähler hingewandert? (Vergleich Stadt und Kreis 2019)

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der SVV Fürstenwalde



Stephan Wende
Fraktionsvorsitzender,
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung,
Mitglied im Ausschuss für Finanzen und
Bürgerhaushalt;
Stephan Wende gewann 23 von 39 Stimm-
bezirken der Stadt Fürstenwalde.



Peter Mattigk
Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss,
Mitglied in der Unter-AG „Sport und Kultur“;
Peter hat – als Jugendkandidat vom Kreisver-
band unterstützt – aus dem Stand den Ein-
zug in die SVV geschafft und ist der jüngste
Stadtverordnete in Fürstenwalde – herzlichen
Glückwunsch!



Monika Fiedler
Mitglied im Hauptausschuss,
Mitglied im Kultur- und Sozialausschuss;
Monika Fiedler ist auch als Mitglied in den
Ortsbeirat Trebus gewählt worden.



Gerold Sachse
stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Mitglied im Hauptausschuss,
Mitglied im Ausschuss für Finanzen und
Bürgerhaushalt;



Jutta Bargenda
Mitglied im Kultur- und Sozialausschuss;
Jutta Bargenda ist auch Sachkundige Einwoh-
nerin für DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree.

Die Sachkundigen Einwohner*innen im Team der Fraktion
DIE LINKE in der SVV Fürstenwalde sind:
Lara Baum, Frithjof Bastian, René Benz, Maik Fiege, Jürgen Gras-
nick, Marc Oesingmann, Andreas Pfeiffer.

Fotos: DIE LINKE, privat

Mensch Stephan!

Fünf Fragen von Marc Oesingmann an Stephan Wende



Gibt es ein Er-
eignis oder
ein Erlebnis, das
Dich zur Politik
gebracht hat?

Das bren-
nende Asylbe-
werberheim in
Rostock-Lich-
tenhagen 1992
und die darum-
stehenden, die
Nazis anfeuern-
de deutschen
Nachbarn. Da-
für habe ich
mich zutiefst
geschämt und

mir gesagt: „bis hierher und nicht weiter“. Al-
ten und jungen Nazis stelle ich mich in
den Weg – seit damals und bis heute. So
bin ich ein durch und durch politischer
Mensch geworden. Ein Mensch, dem To-
leranz und Weltoffenheit genauso wichtig
sind wie Frieden und Gerechtigkeit.

Wenn Du Stress hast – wobei findest Du
Deine Entspannung?

Ich fahre Rad, mache Sport und Fitness
im schwapp (Freizeitbad, kommunaler Ei-
genbetrieb) und besuche dort auch die
Sauna. Ein gutes Glas Rotwein und ein gu-
tes Buch helfen aber auch schon oft run-

terzukommen. Als Mitglied des Jazzclubs
Fürstenwalde bin ich oft in der Kulturfab-
rik zu verschiedensten kulturellen Wohl-
taten – und mit meiner Frau sind wir Nut-
zer eines Abos der Dresdner Semperoper.
Also gute Musik hilft auch zu entspannen.

Welche Eigenschaften schätzen andere an
Dir? Und wofür wirst Du oft kritisiert?

Was man an mir schätzt – das weiß ich
nicht genau. Ich könnte mir vorstellen,
dass es meine Kreativität und Spontanität
ist. Aber damit nerve ich genauso viele wie
ich sicher damit mitreißer und begeistern
kann. Und wofür werde ich oft kritisiert?
Das weiß ich (leider) genau – viel zu langes
Reden ... Aber ich bemühe mich, mich
zu bessern! Und der Einzug in den Land-
tag und die dort fest geregelten Redezeiten
können mir dabei echt helfen!

Was ist eigentlich Dein Lieblings-
urlaubsort?

Auch wenn die Möglichkeiten nach
1989/90 so vielfältig geworden sind, sind
der Darß und die Sächsische Schweiz im-
mer noch meine Lieblingsurlaubsorte. Die
Ostsee zum Lesen und Entspannen, aber
vor allem auch zum Kopf-Durchlüften. An
der See herrscht ein anderer, mir guttuen-
der Wind – das hat mir schon mein pom-
merscher Dickschädel und Freund Lothar
Bisky beigebracht. Und in der Sächsischen

Schweiz kann ich klettern und wandern
gehen – dies hilft mir, mich immer wieder
neu zu konzentrieren, zu fokussieren und
zu sammeln und die Gedanken zu ordnen.
Übrigens kann ich das sogar mit ganz vie-
len Kindern und Jugendlichen, so dass ich
immer wieder gerne und seit über 20 Jah-
ren als Teamer in die Outdoorabenteuer
und Feriencamps des Jugendbildungswer-
kes Berlin – Brandenburg e.V. mitfahre.

Welches Buch liest Du zurzeit?

„Utopien für Realisten“ von Rut-
ger Bregmann lese, nein verschlinge ich ge-
radezu. Es ist doch so: Angesichts des ver-
breiteten Wohlstands fehlt die Kraft zur
Veränderung. Rutger Bregmann plädiert
leidenschaftlich und mich schwer überzeu-
gend für ein universelles Grundeinkom-
men, für eine Arbeitszeitverkürzung auf
eine 15-Stunden-Woche und für eine Aus-
rottung der Armut. Sein Buch ist für mich
ein Weckruf, es wieder zu wagen, Utopien
zu denken. Als optimistischen Kontrast zu
der täglichen Wut der ewig gestrigen Popu-
listen macht mir das Mut. Um zu belegen,
dass seine Utopien für Realisten sind, ent-
facht Bregman ein wahres Feuerwerk von
historischen Parallelen, von Erkenntnissen
der Klassiker der Nationalökonomie, wie
John Stuart Mill, John Maynard Keynes
und Milton Friedmann, bis hin zu Studien
zur Entwicklungshilfe. Unbedingt lesen!

WAHLKAMPFTERMIN – STEPHAN WENDE IM WK 30

„Die große Freiheit ist es nicht geworden – Was sich für die Ostdeutschen seit der Wende verschlechtert hat“



Lesung und Gespräch mit dem Autor und Journalist Matthias Krauß aus Potsdam

14. August 2019 | 16 Uhr | Fürstenwalde | Foyer des Alten Rathauses

Matthias Krauß denkt im Jubel- und Jubiläumsjahr 2019 nicht nur an die Errungenschaften. Krauß fragt nach den Einbußen, die die DDR-Bürger hinnehmen mussten: bei Gleichstellung, Rechtsverhältnissen, auf Gebieten wie Gesundheit, Arbeit, Sozialverhalten, Bildung ...

Nach dem Einigungsvertrag wurde der Osten zum Armenhaus Deutschlands, das bis heute alimentiert werden muss, das hoch verschuldet ist und selbst nach der Konjunktur der vergangenen zehn Jahre wenig mehr als die Hälfte dessen erwirtschaftet, was es verbraucht.

In den zehn Jahren vor der Wende wurden in Ostdeutschland mehr als eine Million Kinder mehr geboren als in den zehn Jahren danach.

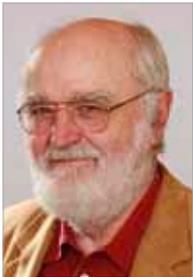
Das und der Wegzug der Jugend ver setzte der Sozialstruktur Ostdeutschlands Schläge, von denen sie sich bis heute nicht erholt hat.

Der Nachteil des »Ossis« vererbt sich auf seine Kinder, sie haben erwiesenermaßen geringere Chancen im Berufsleben als Gleichaltrige aus den alten Bundesländern. Die ausgezahlte Durchschnittsrente liegt unterhalb der gültigen Armutsgrenze.

Aus dem Kreistag Oder-Spree

■ Nach der Klausur ist vor der Arbeit

Zur Beratung der Kreistagsfraktion am 6. Juli 2019 im Wettermuseum Lindenberg



von **Dr. Artur Pech**,
Schöneiche, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN,
Foto: DIE LINKE

Vor der neu gewählte Kreistagsfraktion standen die Aufgaben:

- Ihre Arbeitsfähigkeit nach der Neuwahl herzustellen und dazu die unserer Fraktion in den Ausschüssen des Kreistages zustehenden Sitze für „Sachkundige“ zu besetzen;
- die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit für die Zeit bis Mitte 2020 zu bestimmen;
- sich auf die veränderten Bedingungen im Kreistag einzustellen. Die Übersicht über die beschlossene Besetzung der Ausschüsse durch unsere Abgeordneten und die von der Fraktion berufenen „Sachkundigen“ siehe nachfolgend. Für die Kontaktaufnahme per e-Mail steht das Fach kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de zur Verfügung.

Über die Schwerpunkte informieren wir jeweils zu den anstehenden Kreistagen. Bis zum September-Kreistag werden wir uns mit den Kosten der Unterkunft im Bereich des Jobcenters Oder-Spree befassen. Aus aktueller Sicht sind da zwei Gesichtspunkte hervorzuheben:

Neu ist, dass unser langjähriges Ringen um die Festlegung eines für die Angelegenheiten des Job-

centers („Hartz IV“) zuständigen Ausschusses des Kreistages Erfolg hatte. Der Kreistag hat in seiner konstituierenden Sitzung beschlossen, diese Zuständigkeit dem Sozialausschuss zu übertragen. Auch deshalb haben wir uns entschieden, in diesem Ausschuss des Kreistages den Vorsitz zu übernehmen. Diese Aufgabe wird Rita-Sibylle Heinrich erfüllen.

Und aktuell steht an, dass zur Mitte des Jahres 2019 die Überprüfung und Anpassung der als „angemessen“ geltenden Kosten der Unterkunft vorzunehmen war. Das war zuvor letztmalig Mitte 2017 passiert. Ich schreibe den hier vorliegenden Bericht Mitte Juli. Auf der Homepage der Kreisverwaltung werden zu diesem Zeitpunkt noch die 2017er Werte genannt (<https://www.landkreis-oder-spree.de/Politik-Landkreis/Kreisverwaltung/Organigramm/index.php?object=tx%7c2426.2&ModID=10&FID=2426.235.1>).

Es wird also der Verfahrensstand und das weitere Vorgehen der Verwaltung zu prüfen sein.

Eine andere Initiative betrifft Fragen der internen Arbeitsorga-

nisation des Kreistages. Da wollen wir eine „papierlose“ Arbeitsweise und die dafür erforderliche Ausstattung der Abgeordneten/Sachkundigen anregen.

Und nicht zu vergessen: Bereits in seiner konstituierenden Sitzung hat der Kreistag unseren Antrag beschlossen, den ersten September – den achtzigsten Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkrieges – gemeinsam mit unseren polnischen Partnerkreisen zu begehen. Damit streben wir einen kommunalen Beitrag zum Weltfriedenstag an.

Um diese Frage gab es in der kurzen Debatte im Kreistag von ganz rechts sitzenden Fraktion regelrecht abstruse Argumente. Das hat noch einmal verdeutlicht, wie wichtig es ist, sich auf die veränderte Situation im Kreistag einzustellen. Deshalb hatten wir den „Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien“ als inhaltlichen Schwerpunkt auf die Tagesordnung unserer Klausur gesetzt und dazu Tilo Giesbers und Annika Taschke, den Autor und die Autorin der von der Rosa-Luxem-

burg-Stiftung dazu herausgegebenen Broschüre eingeladen. (im Internet abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Raet-innen-gegen-rechts.pdf)

Zu diesem Punkt hatten wir auch die Linksfraktionen der Gemeindevertretungen und Stadtverordne-

tenversammlungen des Landkreises eingeladen.

Nach einer intensiven Diskussion ist festzustellen: Die Auseinandersetzung mit den Ursachen der auch in Wahlen zu Tage tretenden Rechtsentwicklung und die Entwicklung einer tragfähigen Strategie gegen ihre Repräsentanten in den

gewählten Vertretungen kann nicht voneinander getrennt werden. Gerade auf der kommunalen Ebene, auf der politische Konflikte nicht selten von „privaten“ Beziehungen überlagert werden, ist stets der Kern rechter Politik offenzulegen und die Auseinandersetzung damit in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

■ Abgeordnete



Dr.-Ing. Astrid Böger

Bad Saarow, Liste DIE LINKE; Fraktionsvorsitzende, Kreisausschuss, Jugendhilfeausschuss, AG Kreisentwicklung



Dr. Felix Mühlberg

Schöneiche, Liste Piraten; Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration, AG Kreisentwicklung



Tobias Thieme

Grünheide, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft, Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU, Ausschuss für Geschäftsordnungsangelegenheiten und Petitionen



Rita-Sybille Heinrich

Erkner, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration, Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, AG Kreisentwicklung



Dr. Artur Pech

Schöneiche, Liste DIE LINKE; Fraktionsvorsitzender, Kreisausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen, AG Kreisentwicklung



Stephan Wende

Fürstenwalde, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt



Bettina Lehmann

Heinersdorf, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung, AG Kreisentwicklung



Dr. Eberhard Sradnick

Friedland, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen, Ausschuss für Ländliche- u. Kreisentwicklung



Dr. Jörg Mernitz

Eisenhüttenstadt, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt



Dr. Bernd Stiller

Langewahl, Liste DIE LINKE; Kreisausschuss, Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Fotos: DIE LINKE, privat

■ Sachkundige Einwohner

Jutta Bargenda

Fürstenwalde, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration

Peter Engert

Fürstenwalde, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung, AG Kreisentwicklung

Andreas Grätsch

Rietz-Neuendorf, Liste Piraten; Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration, Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung

Jürgen Grasnack

Fürstenwalde, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt

Dr. Tanja Jaksch

Schöneiche, Liste DIE LINKE; Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU

Carsten Krappman

Reichenwalde, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen

Klaus Meyer

Schöneiche, Liste DIE LINKE;

Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen

Daniel Schulz

Friedland, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt

Harald Schwaeger

Müllrose, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Beate Simmerl

Schöneiche, Liste DIE LINKE; Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

DOKUMENTIERT

Das Klima, nicht den Kapitalismus retten

Für einen sozialen und ökologischen Systemwandel

DIE LINKE rettet Klima und Menschen, nicht Kapitalismus und Aktienkurse. Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt befinden sich global in historischen Umbrüchen. Wie nie zuvor in Deutschland steht die Sorge um das Weltklima ganz oben auf der Agenda. Ein neuer Rekordsummer droht, nachdem der historische Dürresommer 2018 Ernteaufschläge, Waldbrände und Versorgungsengpässe brachte. Der UN-Weltklimarat fordert unverzüglich Sofortmaßnahmen gegen die sich verschärfende Klimakrise, während die Bundesregierung ihre Klimaziele dramatisch verfehlt. Anti-Kohle-Proteste gehen erfolgreich gegen die Abholzung des Hambacher Waldes durch den Energieriesen RWE vor, Kohle-Tagebau-Besetzungen werden zur größten sozialen Bewegung seit der Anti-Atombewegung und bundesweit streiken zehntausende Schülerinnen und Schüler für eine Klimapolitik-Kehrtwende. Die Menschen machen sich mehr denn je Sorgen um die Klimaerhitzung und ihre Folgen. Die Klimakrise ist Top-Thema in den Medien. Wählerinnen und Wähler nennen Klimaschutz als eines der wichtigsten Themen überhaupt. Bei der EU-Wahl 2019 war es das wichtigste Thema. Und sie fordern Taten, statt Versprechen: 63 Prozent der Deutschen sind der Überzeugung, dass die Große Koalition zu wenig gegen den Klimawandel macht. Die Bundesregierung streitet einzig und allein für ein gutes Börsenklima der Konzerne. Ihr Klimaschutzplan 2050 führt zu einer Verfehlung der Pariser Klimaziele. Energiewirtschaft, Industrie, Automobilkonzerne, Gebäudewirtschaft und Landwirtschaft müssen radikal umsteuern, um auch nur in die Nähe dieser zu schwachen Klimaziele zu kommen. Dabei ist der Kohleausstieg nur ein kleiner Vorgeschmack auf den epochalen Abschied von Öl, Kohle und Gas in der gesamten Volkswirtschaft. DIE LINKE wird diesen Umbruchprozess sozial und ökologisch gestalten.

LINKE Klimapolitik ist zugleich Sozial- und Friedenspolitik. Zum einen, weil konsequente Klimapolitik neue Ungerechtigkeiten vermeiden kann, die zuerst die schwächsten Menschen treffen, die ihre Lebensgrundlagen verlieren, die als Klimageflüchtete ihre Heimat verlassen müssen. Zum anderen, weil sie den Klimaschutz

mit sozial gerechten Übergängen und sozialer Absicherung der Betroffenen verbindet. Der zentrale Unterschied zu den anderen Parteien: DIE LINKE gibt in ihrer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik – also auch jenseits der Klima- und Energiepolitik – mutige Antworten auf offene Fragen der Verteilung von Arbeit, Reichtum, Lebenschancen und Eigentum. Jahrzehnte des Neoliberalismus zu Gunsten der Reichen haben soziale Ungleichheit und Klimakrise befeuert. Die Verteidigung der Privilegien und die Sorge vieler Menschen vor weiterem Abstieg verhindern den überlebenswichtigen sozial-ökologischen Umbau. 100 Konzerne sind seit 1988 für 71 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Über die Hälfte der globalen Emissionen sind von 25 Unternehmen und staatlichen Einrichtungen verursacht. Darum wird heute auf eine Modernisierung des Kapitalismus hingearbeitet, die am Exportmodell festhält und dieses mit vorsichtigen Schritten sozialer Regulierung verbindet. Ökologische Modernisierungsprozesse sollen zusammen mit der Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit fördern. „Grüner Kapitalismus“ mit marktfreundlichem CO₂-Emissionshandel und Ökosteuer zementiert die Illusion, dass Profitstreben und Umweltschutz Hand in Hand gehen können. Mehr Produktion, mehr Wachstum, niedrige Energie-, Rohstoff- und Lohnkosten, dem werden im Kapitalismus allem andere untergeordnet. LINKE Klimapolitik legt sich mit den mächtigsten Konzernen der Welt an, die alles daran setzen, um weiter am fossilen Turbo-Kapitalismus zu verdienen.

LINKE Klimapolitik stellt die Interessen der Menschen, Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Klimagerechtigkeit heißt in Deutschland, für eine sozial gerechte treibhausgasfreie Volkswirtschaft einzutreten, die allen Menschen, nicht nur den Wohlhabenden und Konzernkernern, nützt. Klimagerechtigkeit heißt, in Europa eine Politik durchzusetzen, die nicht immer mehr Profite und ungebremstes Wachstum will, sondern mehr öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum, mehr soziale Rechte, gute Arbeit und mehr Klimaschutz. Klimagerechtigkeit heißt für Generationengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit einzutreten.



Photo: DIE LINKE

ten. Klimagerechtigkeit heißt, auf globaler Ebene mit der internationalen Klimabewegung dafür zu kämpfen, dass die Menschen im globalen Süden ihr Recht auf ein gutes Leben durchsetzen und die umweltschädigende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Nutzung fossiler Energien zu beenden. Um Klimagerechtigkeit zu verwirklichen, legen wir uns mit den Reichen und Mächtigen, mit Banken und Konzernen, an.

Aufgabe der LINKEN ist es, gesellschaftlichen Druck für konkreten sozial-ökologischen Wandel aufzubauen und zu unterstützen. Die Klimabewegung steht für ein in der Gesellschaft wachsendes Bewusstsein, dass es so nicht weitergehen darf. Kampfbegriffe wie „Systemwandel“ erfahren eine Renaissance im Wissen, dass Alternativen zur kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise dringend notwendig und machbar sind. Die kapitalistische Wirtschaftsweise wälzt die sozialen und ökologischen Folgen auf die Gesellschaft ab. So wie jeder Millimeter sozialen Fortschritts gegen Kapitalinteressen erkämpft werden muss, muss auch der Schutz von Natur und Klima gegen die Herrschenden errungen werden. Aufgabe der LINKEN ist es, gesellschaftlichen Druck für konkrete sozial-ökologische Reformen mit Schritten und Perspektiven für grundlegende Veränderungen über den Kapitalismus hinaus zu verbinden. DIE LINKE unterstützt Mobilisierungen der Klimabewegung und ruft Mitglieder sowie Wählerinnen und Wähler auf, sich daran zu beteiligen und diese aktiv mit aufzubauen. Die LINKE setzt sich dafür ein, zum Lern- und Vernetzungsraum für Aktive aus der Klimabewegung zu werden. Die LINKE macht die demokratisch-sozialistischen Positionen in der Klimabewegung bekannter und wirbt für Unterstützung in Stadtvierteln, Betrieben, Universitäten

und Schulen. Es gilt, Brücken zu den lohnabhängig Beschäftigten zu bauen, auch um der Klimabewegung mehr Durchsetzungskraft zu verleihen.

Klimaschutz ist ein Kernthema der LINKEN. Die Klimakrise verschärft bestehende Ungerechtigkeiten: Ob in Deutschland bei Energiewende und Kohleausstieg, die zum Großteil von Privathaushalten und kleinen Unternehmen finanziert werden, statt von Großindustrie und Exportwirtschaft. Ob im globalen Süden, wo die Klimakrise die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen bedroht, obwohl sie am wenigsten zur Erderhitzung beigetragen haben. Die Klimakrise ist ein Brandbeschleuniger für Krieg, Flucht, Migration und Verteilungskonflikte. Die Klimakrise bedroht Artenvielfalt und natürliche Lebensgrundlagen von Mensch, Flora und Fauna. Klimagerechtigkeit wird nicht ausschließlich zwischen Nord und Süd verhandelt. Hierzulande geht zum ersten Mal eine junge Generation auf die Straße, die die Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar im eigenen Leben erfährt und um ihre Zukunft auf diesem Planeten fürchtet. Bei den Klimastreiks der Schülerinnen und Schüler fordern Zehntausende auch Generationengerechtigkeit: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“ Und auch die vom Strukturwandel durch den Kohleausstieg betroffenen Menschen in den Kohleregionen wollen nicht wieder Opfer von Brüchen und Veränderung sein. Als LINKE geben wir auf die großen Fragen des 21. Jahrhunderts glaubwürdige Antworten – und das jetzt!

Sieben Projekte für LINKE Klimapolitik:

1. Energiewende beschleunigen, Energiekonzerne vergesellschaften, Energiearmut bekämpfen: Nur durch Druck ei-

ner breiten Bewegung ändert sich politisch etwas, das gilt auch für die Energiewende: Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, gibt es mit der LINKE einen Kohleausstieg bis 2030, der jetzt mit der Abschaltung der 20 dreckigsten Braunkohlekraftwerke beginnt. Der Strukturwandel wird nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden, sie erhalten Sicherheit und wirkliche Perspektiven. Die Strukturwandelgelder werden den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht. DIE LINKE wird die Fördermilliarden an die globalen Nachhaltigkeitsziele binden. Sie unterstützt den Vorschlag zivilgesellschaftlicher Initiativen für einen eigenständigen Fonds, wie ihn etwa Lausitzer Initiativen fordern. Solcherart separate Fonds in den betroffenen Kohleregionen fördern soziale und ökologische Innovationen in den Regionen und die demokratische Gestaltung des Strukturwandels durch die Menschen vor Ort. DIE LINKE beschleunigt die Energiewende und macht sie demokratisch und sozial gerecht. Strom aus Atom und Kohle in den Händen von wenigen Konzernen war gestern. Sonne, Wind und Wasser gehören allen. DIE LINKE macht sich für die Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne stark. Für eine dezentrale Energiewende, der die Menschen zustimmen, weil sie ihnen dient. Für eine Energiewende, die das Öffentliche und demokratische Teilhabe stärkt. Für eine Stromerzeugung, die sich in Genossenschaften, Bürgerenergie und Stadtwerken organisiert. Die Stromnetze gehören, genauso wie die Nah- und Fernwärmenetze, in die öffentliche Hand. DIE LINKE verhindert Strommonopole, bekämpft Energiearmut, verbietet Stromsperrern, führt soziale Stromtarife ein, die einkommensschwache Haushalte entlasten und zum Energiesparen anregen. Strompreise werden von der staatlichen Strompreisaufsicht sozial verträglich kontrolliert.

2. Umsteuern für eine sozial-ökologische Mobilität der Zukunft: Die Bundesregierung macht sich zur Dienerin der Autokonzerne und deckt deren Abgasbetrug. Es darf nicht sein, dass beim Diesel-Skandal Kundinnen und Kunden sowie Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu Kasse gebeten werden. DIE LINKE Perspektive für eine sozial-ökologische Mobilitätswende: Die Bahn wird von einer profitorientierten AG zu einer Bürgerbahn für alle entwickelt, günstig, pünktlich, gut ausgebaut. Im ländlichen Raum und in

den Ballungsräumen wird massiv öffentlich investiert, gut bezahlte und abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen. Die Bahnpreise sinken, Bahntickets werden für alle bezahlbar und deutlich günstiger als Flugreisen sein. Der Flugverkehr wird deutlich stärker besteuert und durch Kontingentregelungen oder soziale Staffelung sozial gerecht sein. Der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs wird massiv vorangetrieben. Und er wird kostenfrei sein. Der LINKE Städtebau fördert eine Stadt der kurzen Wege, Verkehrsvermeidung statt langer Wege und Autokollaps. Innenstädte werden frei von unnötigem Individual-Autoverkehr, Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger haben Vorrang. Neben dem Nahverkehr gibt es intelligente und gemeinwohl-, statt profitorientierter Carsharing-Projekte. Wir wollen klimaneutrale Städte und ländliche Räume mit besserer Lebensqualität für alle, mit mehr Mobilität für alle Menschen in ihren unterschiedlichen Alltagsbedürfnissen und -notwendigkeiten. Mit Vorgaben für die Wirtschaft gewinnt DIE LINKE die Beschäftigten für eine Neuausrichtung der Automobilindustrie, die ihre Arbeitsbedingungen verbessert und gesellschaftlich wie ökologisch sinnvolle Arbeit schafft. Ab 2030 werden keine Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen. Das Umsteuern beginnt jetzt und braucht Planungssicherheit. Investitionen des Staates und die Verkehrspolitik werden nach diesen Zielen ausgerichtet.

3. Wohnen bezahlbar für alle und ökologisch: Mietpreise explodieren, überall in Deutschland gründen sich Mieterbündnisse, die gegen zu hohe Mieten auf die Straße gehen. Gebäudesanierung wird zu oft von Miethaien genutzt, um einkommensschwache Mieterinnen und Mieter zu vertreiben. Diese Praxis beendet DIE LINKE. Stattdessen gibt es einen gesetzlichen Fahrplan für energetische Sanierungen, der Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Vermieterinnen und Vermieter verpflichtet und gleichzeitig durch steuerliche und direkte Förderung abgefördert wird. Das Grundrecht auf Wohnen entzieht DIE LINKE dem Markt und gestaltet es ökologisch weiter: Bezahlbarer kommunaler Wohnungsbau in Genossenschaften und öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften wird massiv gefördert, weil sich soziales und ökologisches Wohnen am besten gemeinwohlorientiert umsetzen lässt.

4. Regionale Kreisläufe stärken, gute Nahrungsmittel für alle: DIE LINKE fördert eine ökologische und nachhaltige Landwirtschaft. Die Proteste gegen Agrarindustrie und Massentierhaltung wachsen. Auch gute Ernährung ist eine soziale Frage, die Agrarindustrie, wie wir sie bis jetzt in Deutschland haben, treibt den Klimawandel massiv an. Alle Menschen erhalten Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln, biologisch produziertes Essen wird nicht länger eine Frage des Kontostandes sein. DIE LINKE bricht die Marktmacht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne. Weil Exporte von Billigfleisch im Ausland die Kleinproduzenten vor Ort in den Ruin treiben, werden sie abgeschafft. Regionale Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch von Lebensmitteln machen lange Transportwege überflüssig. Die Ernährungs- und Konsumweisen verändern sich, der Import von Futtermitteln, Agrosprit und Palmöl geht zurück und verringert den Ressourcenverbrauch.

5. Sozial-ökologische Innovation in Industrie und Handel, gute und sinnvolle Arbeit für alle, Demokratie in der Wirtschaft: Um die Klimaziele zu erreichen, wird der gesamte Industriebereich umgebaut. Eine Handelspolitik, die klimaschädliche Exporte fördert, wird beendet. Die Industrie muss verbindlich Emissionen reduzieren. Soziale und ökologische Standards werden nicht mehr zugunsten der Profitmaximierung verletzt oder gegeneinander ausgespielt. Die Industrie entwickelt mittels Vorgaben ressourcensparende, langlebige Produkte, die stärker in eine regionale Kreislaufwirtschaft eingebettet sind. Wie DIE LINKE Demokratie in der Wirtschaft und Rechte der Beschäftigten gegenüber der Macht der Konzerne stärkt, wird der anstehende Umbau in der Automobilindustrie in den nächsten 10 bis 15 Jahren sozial gerecht gestaltet. Gerechte Übergänge heißt: Soziale Absicherung und Einkommensgarantien, radikale Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, Recht auf Weiterbildung, Investitionen in tariflich abgesicherte, besser bezahlte und gesellschaftlich sinnvolle Arbeit etwa im Maschinenbau, der Bahn(güter)produktion, in Gesundheits- und Sozialberufen, in den Kommunen und in der Umwelttechnik. Am Ende steht eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie: durch Wirtschaftsräte unter Beteiligung der Belegschaften, der Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände sowie gewähl-

ter Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, Länder und des Bundes wird der Transformationsprozess demokratisch gestaltet. Denn das Wissen der Arbeitenden und vom Strukturwandel Betroffenen ist unverzichtbar für die Entwicklung von Innovation.

6. Millionärsteuer für sozialen Klimaschutz und gerechte Übergänge: Angesichts der notwendigen Milliarden-Investitionen für bezahlbares und ökologisches Wohnen, für die Energie- und Mobilitätswende, für den notwendigen Umbau der Industrie und Infrastruktur steht das wachsende Vermögen der Multi-Millionäre beispielhaft für das Scheitern der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte. Die Einführung einer Vermögenssteuer zur Finanzierung dieser Zukunftsinvestitionen wird zum Prüfstein einer glaubwürdigen Klimapolitik. DIE LINKE bittet die Vermögenden und die Konzerne zu Kasse, wodurch Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, zukunftsfähige Arbeitsplätze und ein Transformations- und Konversionsfonds für „gerechte Übergänge“ finanziert wird.

7. Klimagerechtigkeit als historische Verantwortung des Nordens, Bekämpfung von Fluchtursachen: Der historisch und anhaltend hohe Ressourcenverbrauch und die Klimaschuld des reichen Nordens treibt Menschen im globalen Süden in Armut, Migration und Flucht. Immer mehr Menschen fliehen vor Naturkatastrophen infolge des Klimawandels und der globalen Ungleichheit. Schon eine Erderwärmung um 1,5 Grad macht Millionen Menschen zu Klimageflüchteten. Weil die Gesellschaften des globalen Südens am stärksten unter den Folgen der von den Industriestaaten verursachten Klimakrise leiden, kämpft DIE LINKE gemeinsam mit den Menschen aus diesen Weltregionen auf allen Ebenen für Klimagerechtigkeit, echten Klimaschutz und gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur.

Die Autoren:
Bernd Riexinger, Mitglied des Bundestages, Vorsitzender der Partei DIE LINKE,
Lorenz Gösta Beutin, Mitglied des Bundestages

veröffentlicht am 28. Juni 2019

Quelle: www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/das-klima-nicht-den-kapitalismus-retten/

USA wollen Einsatz deutscher Bodentruppen in Syrien – DIE LINKE fordert klares Nein der Bundesregierung

Nachricht der MdB Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht, Alexander S. Neu und Sevim Dagdelen

DIE LINKE. im Bundestag hat die Forderung der USA, deutsche Bodentruppen für den Anti-IS-Einsatz in Syrien bereitzustellen, scharf zurückgewiesen. Die Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch erklärten, dass sie von der Bundesregierung zum Einsatz von Bodentruppen „ein klares Nein“ erwarteten.

Deutschland darf „diese fatale Politik“ nicht unterstützen

Dietmar Bartsch sagte der Nachrichtenagentur *dpa*, Deutschland sei kein Befehlsempfänger der Vereinigten Staaten. Sahra Wagenknecht nannte den „Einfall von Trump“ schlicht „Irrsinn“: „Es waren die USA, die die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens destabilisiert, aufgerüstet und in völkerrechtswidrigen Kriegen kaputt gebombt haben. Die Aufnahme der dadurch heimatlos gewordenen Menschen haben sie dann den Nachbarstaaten und Europa überlassen. Jetzt also sollen deutsche Soldaten in diesem verbrecherischen Krieg auch noch am Boden mitkämpfen, in dem es weit mehr um Rohstoffe und Einflussphären als um den IS geht.“ Deutschland dürfe „diese fatale Politik“ nicht unterstützen.

Die USA verlangen von Deutschland und anderen Verbündeten der Anti-IS-Koalition die Entsendung von Bodentruppen, um den Abzug

eigener Truppen aus Syrien auszugleichen. Bereits Ende 2018 hatte US-Präsident Donald Trump angekündigt, 2000 US-Soldaten aus Nordost-Syrien abzuziehen. Lediglich 400 US-Soldaten sollen in der Region verbleiben, um die von Kurden angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) zu unterstützen. Deutschland beteiligt sich an dem Einsatz bisher mit Ausbildern, „Tornado“-Aufklärungsflugzeugen und einem Tankflugzeug. Das Ende ihrer Mission war für den 31. Oktober dieses Jahres vorgesehen. Außenminister Heiko Maas (SPD) hatte jedoch bei einem Irak-Besuch Anfang Juni signalisiert, dass die Bundesregierung zu einer Verlängerung bereit sei.

Der US-Sonderbeauftragte für Syrien und die Anti-IS-Koalition, James Jeffrey, warb unlängst in Berlin für Trumps Anliegen. Es gehe nicht primär um Kampfeinsätze, obwohl diese nicht ausgeschlossen werden könnten, sondern um die Unterstützung der SDF mit Ausbildern, Logistikern und technischen Hilfskräften. Von der Bundesregierung erwarte die USA laut Jeffrey binnen kurzer Zeit eine Antwort.

Sich nicht vor den US-amerikanischen Karren spannen lassen

Alexander S. Neu, für die Fraktion DIE LINKE Obmann im Verteidigungsausschuss, forderte die Bundesregierung hingegen auf, den

USA postwendend eine klare Absage zu erteilen und das Mandat, wie vorgesehen, im Oktober 2019 auslaufen zu lassen. „Es geht nicht mehr um den IS. Dieser ist besiegt. Der IS kontrolliert in Syrien keine Gebiete mehr, sondern ist, wenn über-

haupt, nur noch zu Untergrundaktivitäten fähig“, erklärte Neu. Deshalb sei der „ohnehin völkerrechtswidrige Anti-IS-Einsatz in und über Syrien hinfällig“. Den USA gehe es darum, Syrien territorial aufzuspalten und über diesen Weg den anvisierten Regime Change doch noch zum Erfolg führen zu können. Insbesondere lagerten im „von den USA illegal besetzten Nord-Osten Syriens“ die wesentlichen Ölquellen, die für die Finanzierung des Wiederaufbaus in Syrien entscheidend seien.

Dass sowohl CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer als auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Johann Wadepuhl einen Einsatz deutscher Bodentruppen in Syrien nicht eindeutig zurückwiesen, kritisiert Neu scharf. Kramp-Karrenbauer hatte im ZDF-Sommerinterview einen Einsatz deutscher Bodentruppen für möglich gehalten. „Es geht hier auch ein gutes Stück um unsere eigene Sicherheit in Deutschland, nicht nur um das, was die Vereinigten Staaten möchten“, hatte die CDU-Chefin dort behauptet. Neu sagte, die Christdemokraten wollen sich offensichtlich den USA bei ihren imperialen Abenteuern andienen. „Wer von Multilateralismus und Respekt vor dem Völkerrecht redet, muss es selbst respektieren und darf sich nicht weiter vor den US-amerikanischen Karren spannen lassen.“

„Völkerrechtsbruch darf nicht zum Gewohnheitsrecht werden“

Sevim Dagdelen sagte am 8. Juli in einer Pressemitteilung, mit der LINKEN gebe es weder einen Einsatz von deutschen Truppen in Syrien, noch eine Fortsetzung der militärisch-logistischen Unterstützung des aktuellen völkerrechtswidrigen Militäreinsatzes. Ohne UN-Sicherheitsratsbeschluss sei der Einsatz der Bundeswehr bereits jetzt völkerrechts- und damit auch grundgesetzwidrig. Der Völkerrechtsbruch dürfe nicht zum Gewohnheitsrecht werden.

Quelle:
<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/usa-wollen-einsatz-deutscher-bodentruppen-in-syrien-linke-fordert-klares-nein-der-bundesregierung/>,
8. Juli 2019



27. Juni 2019 Berlin – Dietmar Bartsch spricht auf der Demonstration „Kein Krieg gegen den Iran“, Foto: Linksfraktion, Olaf Krostitz



Männer von Ehre?

Der Ferdinand Schöningh Verlag brachte 2018 mit „Männer von Ehre?“ ein Buch heraus, in dem der Autor Jens Brüggemann (J.B.), die Nürnberger Prozesse (1945/46) gegen die Wehrmachtsgeneralität aufrollte. Der Leser erfährt dank neuer Quellenfunde und der Schreibe- arbeitsarbeit des Historikers viel Neues. Dennoch kommt er nicht umhin, mehrfach auf Defizite in der Quellenlage hinzuweisen. Das mag erstaunen, ist aber Brüggemann nicht vorzuwerfen. Im Gegenteil – die zahlreichen Anmerkungen, ein Dokumentenanhang mit Verhören und ein Register lassen auf eine unheimliche Fleißarbeit schließen. Belegt ist allerdings, einer der Angeklagten, Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, beklagte sich angesichts seines aus seiner Sicht geringen täglichen Verpflegungssatzes im Internierungslager von etwa 2 900 Kalorien. Wenn man weiß, das dieser „ritterliche“ Typ als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord militärisch für die Leningrader Blockade verantwortlich war, deren Einwohnern am Tag irgendwann nur 200 Gramm Brot und weniger blieben, das auch noch gestreckt oder z.B. mit Zellulose versetzt war ... Soviel Unrechtsbewusstsein muss einem doch übel aufstoßen. Einen entsprechenden Handlungsfaden haben die angeklagten Generale mehr oder weniger den gesamten Prozess durchgezogen. Sein Material bestand aus Leugnung, Rechtfertigung, Ausflüchten, oder Rückzügen auf den soldatischen Gehorsam. Zudem schob man oft vor, als Militär unpolitisch zu sein. Demnach wäre jeder Krieg ein politischer Raum – Schwachsinn!

Was die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen der Führung von verbrecherischen Angriffskriegen angeklagten Wehrmachtsgeneräle in den Nürnberger Prozessen zum Teil versuchten, ließ ihnen der Historiker Brüggemann in seinem Buch nicht durchgehen. Er greift den schon damals kultivierten Mythos von einer „sauberen Wehrmacht“ an, wonach sie nicht in die Nazi-Verbrechen verstrickt gewesen sein wollte. Nicht einmal vom Kommissar-Befehl und dessen Ausführung wollten manche gewusst haben. Als es nicht mehr zu leugnen war, mühte man sich gegen seine Umsetzung aktiv geworden zu

sein. So verhalten sich erkappte (gewöhnliche) Straftäter. Beim Kriegsgerichtsbarkeitserlaß verhielt es sich ähnlich. Da hieß es unter 1.: *„Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist“*.

Das geschriebene Wort des Autors gewährt dem Leser, ihm mitunter bis heute verborgene Innenansichten über diese – generalisierten – Prozesse, liefert Charakterstudien über Prozessbeteiligte, bietet Antworten. Er muss aber auch einige Fragen offen lassen. Wie schon gesagt, nicht die Schuld von J.B. Und es mindert auch nicht den Erkenntnisgewinn des Werkes, dessen Verfasser mit seiner Studie über die Wehrmachtsgeneralität an der Helmut-Schmidt-Universität den Doktorgrad erlangte.

Zwei zentrale Figuren waren die beiden Generalfeldmarschälle Wilhelm Keitel, der als Chef des OKW fungierte und Erich von Manstein, der u.a. als Befehlshaber einer Heeresgruppe dem Kriegshandwerk nachging. Beides sehr unterschiedliche Männer, denen ihre Lebensläufe verschiedene, die Karten gelegt hatte. Während Keitel „zu Höherem“ berufen, in Nürnberg am Galgen endete, durfte von Manstein nach einigen Jahren der Haft 1973 in Frieden sterben, nicht ohne vorher mit „Verlorene Siege“ seine militärische Vergangenheit schön geschrieben und der Bundeswehr bei ihrem Aufbau beratend zur Seite gestanden zu haben. Keitel hatte halt das Pech, das die schwerwiegendsten Beweise, die die Anklage vorbrachte, Befehle und Weisungen waren, die von ihm unterschrieben waren. Hingegen kam von Manstein, obwohl in seinem Operationsgebiet auch Kriegsverbrechen geschahen (Massenerschießungen von Juden) mit ein paar Jahren Gefängnis davon. Vielmehr stellte sich dieser in einer Denkschrift gegen seinen alten Kameraden. In ihr schrieb er unter anderem: *„er (Keitel) habe seit 1938 in scharfem Gegensatz zum OKH und den meisten höheren Führern gestanden, sondern auch, er sei zu völliger Hörigkeit gegenüber Hitler herabgesunken und in seinem Denken kein Offizier mehr gewesen.“* So der große Strategie Erich

von Manstein – dessen Teilnahme an einem Vernichtungs- und Raubkrieg an exponierter Stelle, nach seiner Logik, eines Offiziers würdig gewesen sein dürfte.

Soweit nur zwei exemplarische Fallbeispiele, die sicher noch weiter zu ergänzen und um andere zu erweitern wären. Zu groß war jedoch die Liste der Angeklagten, zu vielfältig ihr Verhalten vor Gericht und das ihrer Verteidiger. Zu komplex das Tatgeschehen, die individuelle Schuld und ihr Umgang damit. Besonders der letzte Punkt ließ für die Zukunft nichts Gutes erahnen. Denn Brüggemann musste konstatieren, die angeklagten Spitzenmilitärs der geschlagenen Wehrmacht wussten in Kollaboration mit ihren Anwälten die Nürnberger Prozesse als Bühne für ihre öffentliche Selbstdarstellung zu nutzen. Eine Sonderrolle sollte hier dem Verteidiger von Keitel, Dr. Otto Nelte, zukommen. Dieser hielt später Vorträge vor der Deutschen Friedensgesellschaft und distanzierte sich von seinem früheren Mandanten und seinem Tun recht deutlich. Dominiert hat jedenfalls, dass es der überlebenden alten Wehrmachtseelite und ihren geistigen Verbündeten gelang, eine Geschichtsdeutung durchzusetzen, nach der die Wehrmacht nicht in Verbrechen verwickelt war. Somit war wohl auch für Wehrmachtsskader der Weg frei für teils hohe Dienststellungen in Bundeswehr und in der NATO. In Schriftform versuchten sich die uniformierten Führungsfiguren von Hitlers Gnaden zu rehabilitieren und vor der Geschichte freizusprechen. Von Manstein, Guderian, Halder, Warlimont ... Mitschuldig an dieser geschichtspolitischen Fehlentwicklung macht der Historiker auch das Internationale Militärtribunal selbst, das es nicht vermocht hat, *„ein vergleichbar klares und eindeutiges Bild über die Verbindung der Wehrmacht und ihrer Führung zu den Verbrechen des Krieges zu zeichnen, wie ihr das etwa bei der SS gelungen war (...).“* (J.B.).

Dieses Buch dürfte nicht nur für historisch, sondern auch für politisch Interessierte von Nutzen sein, um sich alten Bedrohungen gegenüber zu wappnen, die nun im neuen Gewand wieder ihre Auferstehung feiern. Obwohl - ganz weg waren sie nie.

von
René Lindenau,
Cottbus



Jens Brüggemann, Männer von Ehre?, Die Wehrmachtsgeneralität im Nürnberger Prozess 1945/46. Zur Entstehung einer Legende Ferdinand Schöningh Verlag ISBN: 978-3-5606-79259-4 Preis: 39, 90 Euro

Wahlkampftermine – Stephan Wende im Wk 30

■ 20. August 2019, 18 Uhr, Bibliothek Beeskow
„Jazz-Lyrik-Prosa“ mit dem **TRIO Scho!** und satirisch-politischen Texten, gelesen von **Stephan Wende**. Eintritt frei!

■ 23. August 2019, 19 Uhr, Bürgerbüro der LINKEN „Rote Bank“ (Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde)
Film und Gespräch: G20-Fest der Demokratie!
Am 7. und 8. Juli 2017 trafen sich die Regierungsvertreter*innen der EU und der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Erde in Hamburg. Innensenator Andy Grote kündigte das G20-Treffen als „Festival der Demokratie“ an. Über 30000 Polizist*innen waren in der Stadt, um das Treffen zu schützen, 100000 Menschen kamen, um dagegen zu demonstrieren.
Lars Kollros und Alexandra Zaitseva begleiteten die Demonstrationen mit Ihren Kameras.
Die LINKE. Fürstenwalde zeigt den Film „Festival der Demokratie“ mit anschließendem Publikumsgespräch.

Stephan Wende auf „Suppentour“

Mit selbstgekochter Soljanka aus dem großen Feuertopf gehen DIE LINKE und ihr Direktkandidat, **Stephan Wende**, im Landtagswahlkampf auf „Suppentour“ im Wahlkreis 30, unter anderem am

- 20. August, 11–14 Uhr auf dem Marktplatz in Fürstenwalde
- 20. August, 18–20 Uhr im Wohnpark Beerfelde
- 22. August, 11–14 Uhr auf dem Marktplatz in Beeskow
- 23. August, 11–14 Uhr auf dem Marktplatz in Grünheide
(weitere Termine auf www.stephan-wende.de)

■ 7. September, 10–14 Uhr, Altes Rathaus Fürstenwalde
Qualifizierungs- und Vernetzungstreffen der neugewählten Mitglieder von Ortsbeiräten und kommunalpolitischen Akteuren der Region – eine gemeinsame Veranstaltung mit dem kommunalpolitischen Forum land brandenburg e.V.

Wir trauern um unseren Genossen, unseren Vorstandsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Klauspeter Wunderling.

Nach langer, tapfer ertragener Krankheit hat er uns viel zu früh verlassen. Wir danken ihm für seine langjährige aktive Arbeit in unserem Ortsverband und auch für sein Engagement im Kreisvorstand.

Er wird uns fehlen!

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.



Die Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der Amtsorganisation DIE LINKE. Scharmützelsee

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 27. 8., 24. 9., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im August/September 2019

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 6. 8., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- Jugendhilfeausschuss 8. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 13. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- AG „Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis Oder-Spree“ 14. 8., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung 15. 8., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 20. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt 21. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 22. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 22. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 26. 8., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 28. 8., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 12. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

18. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Wahlkampftermine – Franziska Schneider im Wk 31

Chili Con KINO

„Im inneren Kreis“ Staatliche Spitzel & deren Enttarnung

Montag, 12. August 2019 | 19 Uhr | Rudolf-Breitscheid-Straße 27 | Woltersdorf (Kulturhaus „Alte Schule“)

Leckeres Chili con (mit Fleisch) und Chili sin carne (vegan) sowie Getränke gegen Spende! Wir sammeln für die Unterstützung der Genoss*innen in den G20-Verfahren

„Iris P. führte enge Freundschaften und ging intime Beziehungen mit Menschen ein, die sie zugleich ausspionierte. Als Verdeckte Ermittlerin ‚Iris Schneider‘ forschte sie jahrelang die linke Szene und die ‚Rote Flora‘ in Hamburg aus. [...] Und auch im idyllischen Heidelberg hat sich der Polizist Simon B. 2010 eigens an der Universität immatrikuliert, um linke Studierende auszuspähen [...]“

Klar und eindringlich beschreiben die Macher*innen der Dokumentation „Im inneren Kreis“ (D, 2017) den Inhalt Ihres Films: Auf Basis der Enttarnungen von „verdeckten Ermittlern“/Spitzeln der letzten Jahre in Hamburg und Heidelberg werden die staatliche Überwachung und Spitzeleinsätze gegen linke Aktivistinnen und Aktivisten

faktenreich aufbereitet und analysiert. Wir denken, dass dieses Thema aktueller denn je ist und freuen uns, diesen Film daher auch in Woltersdorf öffentlich zeigen können. Franziska Schneider, Kandidatin für die Wahl des Brandenburg Landtages am 1. September im Wahlkreis 31, wird dabei durch die Veranstaltung führen.

Gemeinsam mit Euch und dem früheren Justizminister des Landes Brandenburg, Dr. Volkmar Schöneburg, wollen wir nach der Vorführung bei leckerem Essen & Trinken diskutieren, wie wir mit Repression & Spitzeln ohne Paranoia umgehen und was wir in Zeiten von verschärften Polizeigesetzen gegen Überwachung & Repression tun können.

Rote Hilfe e.V.
 Ortsgruppe Königs Wusterhausen
kw.rote-hilfe.de, kw@rote-hilfe.de

DIE LINKE. Woltersdorf
www.dielinke-oder-spree.de,
sebastian.meskes@gmail.com

Der Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss – Bilanz und Aktualität

22. August | 18 Uhr | Erkner
 Fichtenauer Weg 44 (GefAS e.V.)

Referent ist der Obmann des NSU UA im Brandenburger Landtag, Dr. Volkmar Schöneburg. Durch den Abend führt Franziska Schneider.

Ist eine Verstärkung der Zugriffsrechte von Polizei und Verfassungsschutz die richtige Lehre aus den Morden der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“? Nein, sagt Volkmar Schöneburg, der Obmann der Linksfraktion im Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg zur NSU. Der renommierte Jurist hat sich intensiv mit den Bedingungen und politischen Verflechtungen beschäftigt, die die Taten des NSU nicht verhinderten und sieht staatliche Organe zumindest in einer Mitverantwortung, aus der seiner Meinung nach andere Strukturen resultieren sollten.

Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt ist frei.

Baustelle Russlandpolitik

28. August | 19 Uhr | Neuenhagen
 Hauptstraße 2 (Bürgerhaus Neuenhagen)

Vortrag und Diskussion mit Kerstin Kaiser (Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau). Durch den Abend führt Franziska Schneider.

DIE LINKE Neuenhagen lädt herzlich zu einer Veranstaltung ins Bürgerhaus ein, bei der Kerstin Kaiser als Kennerin Russlands zu Gast ist. Die in Brandenburg als ehemalige Landespolitikerin der Partei DIE LINKE gut bekannte Slawistin leitet seit 2016 das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Russländischen Föderation.

Im Vortrag mit anschließender Möglichkeit zur Diskussion geht es um Probleme im Russland von heute, aber auch um jene Probleme, die andere Staaten mit Russland haben. Inzwischen ist es nicht so leicht, hinter der Wand aus Klischees, Vorurteilen, Propaganda und Fake-News die wahren Probleme zu erkennen.

Das ist jedoch notwendig, wenn der politischen Zuspitzung innerhalb Russlands wie auch des gespannten Verhältnisses zu Russland Konstruktives entgegengesetzt werden soll. Denn, so schreibt Lutz Brangsch in der in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Zeitschrift maldekstra: „Die globalen Ansprüche von EU und NATO und das regionale Interesse Russlands beginnen eine hochgefährliche Situation heraufzubeschwören, da auf beiden Seiten die Gegenkräfte außerordentlich schwach sind. Die inneren und äußeren Widersprüche bilden einen immer komplizierteren und entwirrenden Knoten. Dieses Zusammenspiel innerer und äußerer Probleme ist das tatsächliche Problem, nicht die Frage putinscher Politik oder etwa die der Nachfolge Putins 2024.“ (maldekstra #4, Juni 2019, S. 18)

Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt ist frei. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

Zucker-Kasten



von
Stephan Wende,
Fürstenwalde

Sagen, was ist

Stephan Wende, Direktkandidat im Landtagswahlkreis 30, lebt, liebt und engagiert sich seit vielen Jahren in der Region.

Gemeinsam mit seiner Frau Manuela und Tochter Fanny, den beiden Katzen Skadi und Tonnie und einem Teich voll Fischen wohnt er in Fürstenwalde, in der Rauenschen Ziegelei. Hier sagen sich Fuchs und Hase zwar nicht Gute Nacht, aber anzutreffen sind sie wie Waschbär, Reiher und Reh jederzeit. Eine Oase mitten in der Hektik des Alltags.

Wende ist seit 2008 Mitglied des Kreistags in Oder-Spree und genauso lange schon Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde. Zuvor war er in der Gemeindevertretung Neuenhagens politisch für die PDS aktiv und war für diese im Jugendhilfeausschuss erst im Kreistag Märkisch-Oderland und seit 2008 im Kreistag Oder-Spree tätig.

In Fürstenwalde ist Stephan Wende Fraktionsvorsitzender der LINKEN und Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses – „dem Zukunftsausschuss für unsere Stadt“, wie er stolz bekennt.

Sein großes Vorbild und ehemaliger Chef Lothar Bisky hat einst ge-

sagt: „Die neue LINKE wird eine Linke mit Eigensinn und Lebensmut, mit Leidenschaft und Verunft.“ Und es scheint, er hatte dabei LINKE wie Stephan Wende vor Augen. In Zeiten von Fake-News, Stammtischparolen und Polarisierung ist Diskussion in der Sache, verbunden mit Leidenschaft, gefragt. Auf diese Weise Politik zu machen,

ohne sich zu verbiegen und in Kooperation mit Vereinen, Verbänden, mit Kulturschaffenden und Umweltschutzorganisationen, hat sich Stephan Wende auf die Fahne geschrieben.

Der Direktkandidat denkt nicht in Paragraphen und Formalien, er ist ein Zuhörer und Anpacker. Seine politische Agenda sind die Lebensgeschichten der Menschen in seiner Region. Ihre Erfahrungen und Anregungen, Sorgen und Nöte treiben ihn um und vor allem an.

Stephan Wende kann nur direkt – also mit der Erststimme – von den Menschen in seinem Wahlkreis in den Landtag gewählt werden. Er hat sich einiges vorgenommen: „Ich möchte mit Ihrem Vertrauen und einem klaren Wählerauftrag die Politik für unsere Region gestalten und werde in Potsdam der Lautsprecher für die Menschen und ihre Themen vor Ort sein. Als Landtagsabgeordneter bin ich Ihr Dienstleister – nehmen Sie mich in die Pflicht!“



Der Wahlkreis 30 umfasst die Städte Beeskow und Fürstenwalde, die Gemeinde Grünheide, das Amt Odervorland sowie die Gemeinde Rietz-Neuendorf.

Liebe Wählerinnen und Wähler,
liebe Entschlossene und liebe Suchende,
liebe Erst- und liebe Nichtwähler,

am 1. September 2019 findet die Wahl zum Brandenburger Landtag statt.

Ich möchte Sie um Ihre Erststimme bitten und somit von Ihnen direkt nach Potsdam in den Landtag gewählt werden. Direkt, weil ich weiter kritisch und unabhängig mit Ihnen zusammen Politik machen und für unsere Region gestalten will.

Lernen Sie mich doch mal kennen! Ich freue mich auf Ihre Einladung zum Gespräch – bei Ihnen oder bei mir, auf ein Bier und Wasser. Beim Kuchen oder Steak.

Oder Sie kommen zu einer der zahlreichen Veranstaltungen im Landtagswahlkampf, die Sie auf den Seiten 12, 18 oder aktuell auf www.stephan-wende.de finden können und sprechen mich an. Oder Sie schreiben mir eine E-Mail an stephan.wende@dielinke-oder-spree.de, eine Whatsapp an (01 72) 431 92 55 oder einfach einen Brief an **Stephan Wende (DIE LINKE.), Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde (Spree).**

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung!

Stephan Wende

Dass er das kann, beweist er seit vielen Jahren: als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker, als Sozialarbeiter, als Kommunikator und Netzwerker, der Menschen in Kontakt und in produktive Beziehungen bringt.

Der erklärte Macher möchte den sozial gerechten und enkeltauglichen Umbau unserer Region hinbekommen. Das geht nur gemeinsam mit sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und auch den Umweltbewegungen wie dem NABU oder den Schülerprotesten von „Fridays for future“. „Unsere Region hat Chancen und Potenziale. Unsere Region hat Zukunft und Wertschätzung auch aus Potsdam mehr als verdient!“

Stephan Wende organisiert als Vorsitzender des Jugendbildungswerks Berlin-Brandenburg e.V. die Jugendweihen in unserer Region, ist Mitglied im Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), der Volkssolidarität und im Vorstand des Kulturvereins Fürstenwalde e.V.